

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Tageblatt Riesa.
Heftausf. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postgeschäftsort: Dresden 1580
Glocke Riesa Nr. 52.

Nr. 10.

Freitag, 12. Januar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, monatlich 900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauflösung zu bezahlen; eine Gemüse für das Erstellen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 60.— Mark; gezeichnete und tabellarische Satz 50.— Aufschlag, Nachrichtungs- und Vermittlungsgebühr 10.— Mark. Alle Taxe, bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss über der Auftraggeber in Kontrolle gerät. Siedlung- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungen — keine „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Belastung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationssatz und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Rechtsstelle: Postkasse 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenleitung: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Mehl- und Brotpreise und Getreide- und Mehlbestandsaufnahme betr.

Die Reichsbahndirektion hat mit Genehmigung der Reichsregierung die von den Kommunalverbänden an sie zu entrichtenden Getreidepreise für Roggen von 90 000 M. auf 197 000 M. und für Weizen von 96 000 M. auf 212 000 M. für die Tonne erhöht, um einen Ausgleich für das aus dem Ausland aufgekauften und noch aufzukaufende Getreide herbeizuführen.

Diese Erhöhung hat auch eine entsprechende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zur Folge.

Es sind deshalb unter Berücksichtigung dieser bedeutenden Erhöhung der Getreidepreise und teilweise auch der seit der letzten Brotpreissteigerung eingetretene Erhöhung der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebskosten in den Mühlen und Bäckereien für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain, einschl. der revidierten Städte Großenhain und Riesa, folgende Höchstpreise nun festgesetzt worden:

- a) im Großhandel
 - für Weizenmehl 27 625 M. für 1 kg brutto im Leiback frei Haus
 - für Morgenmehl 25 806 M. für 1 kg
- b) im Kleinhandel
 - für Weizenmehl 300 M. für 1 kg
 - für Morgenmehl 280 M. für 1 kg

B für Brot:

für Roggenbrot 241 M. für 1 kg für Weizenbrot 300 M. für 1 kg

460 M. für 1000 gr. 125 M. für 420 gr.

Diese Preise treten vom 15. Januar 1923 ab in Wirklichkeit. Sie dürfen, worauf besonders ausdrücklich hingewiesen wird, nur von diesem Tage ab gefordert werden. Ein früheres Abfordern dieser Preise zieht strafrechtliche Verfolgung nach sich. Hierzu wird noch folgendes bestimmt:

Die zunächst nur für die ersten beiden Wochen der gegenwärtigen, vom 1.-28. Januar 1923 laufenden Brotzeitreihe ausgewiesenen Brotmarken verlieren mit dem 14. Januar 1923 ihre Gültigkeit. Den Brotarteninhabern wird anheimgegeben, die noch in ihrem Besitz befindlichen Marken bis zum 14. Januar umzutauschen. Die vom 15. Januar 1923 ab gültigen Marken der gegenwärtigen Brotzeitreihe sind auf der Borderrückseite mit dem Stempel der ausgebenden Gemeinde versehen.

Die Inhaber von Bäckereien und Weißhandlungen dürfen vom 15. Januar ab nur die, mit dem Gemeindestempel versehenen Marken beliefern. Auf unabgestimmte Marken, die nach dem 14. Januar noch beliebt werden, wird Mehl nicht zugewiesen.

Schließlich wird wiederholzt, darauf hinzuweisen, dass eine Verwendung von Strengungsmitteln bei der Herstellung von Roggen- und Weizenbrot, das der Verbrauchsregelung unterliegt ist — zu vergleichen Punkt 19 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 8. August 1922 —. Die Beiratsmitglieder der Preisprüfungsstelle sind verpflichtet, ihre Kontrollen auch auf dieses Gebiet auszudehnen. etwa festgestellte Überinterpretation dieser Vorschrift werden, obgleich von einer Schließung des Betriebs, unzulässig an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgegeben werden.

Durch die vorstehende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise ergibt sich die Notwendigkeit, eine Nachbelastung des Unterchiedes zwischen dem alten und neuen Preise für die Mengen an Getreide, Mehl, sowie Roggen- und Weizenbrot vorzunehmen, die sich am 14. Januar 1923 nach Geschäftsschluss in den Mühlen, Bäckereien und Weißkleinhandlungen befinden.

Alle Mühlen, Bäckereien einschl. der Mühlenbäckereien und Weißhandlungen erhalten deshalb hiermit Aufsichtserlass, über die am 14. Januar 1923 nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände an

- | | |
|-----------------------|------------------------|
| 1. Roggen, | 5. Weizenmehl 85% ig. |
| 2. Weizen, | 6. Gerstenmehl 75% ig. |
| 3. Gerste, | 7. Roggenbrot. |
| 4. Morgenmehl 85% ig. | 8. Weizenbrot |

spätestens bis zum 17. Januar 1923 unter Benutzung der ihnen noch besondere anzuhängenden Vorrede Anzeige an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes, Hindenburgstraße Nr. 34, zu erläutern.

Die Anzeigepflichtigen werden mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass die vorhandenen Bestände aufs genaueste anzugeben sind. Bedeutlich fälschungswise Angabe der Bestände ist unzulässig.

Um eine wirkliche Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände vornehmen zu können, erhalten alle Mühlen, Bäckereien und Weißkleinhändler Anweisung, alle bis zum 14. Januar 1923 nach Geschäftsschluss belieferierten Brotmarken fortlaufend zu zählen, in vorgeschriebener Weise zu bündeln und zu schäumen und dienten sofort und spätestens bis zum 17. Januar 1923 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzugeben.

Der Kommunalverband wird hierauf für jeden einzelnen Betrieb eine Nachprüfung dabeihandhaben, ob der unter Veröffentlichung der seit 15. August vor. Jg. angewiesenen Mengen und der abgelieferten Marken sich errechnende Sollbestand mit dem angegebenen Istbestand übereinstimmt. Die abschlägige Vornahme von Nachprüfungen in den Betrieben bleibt vorbehalten.

Der Kommunalverband weist mit Nachdruck darauf hin, dass er die Nachprüfung der angegebenen Bestände im Hinblick auf die finanziellen Folgen für den Bezirk mit allergrößter Genauigkeit durchführen und dass er bei festgestellten Fehlmengen und nachgewiesener unrichtiger Angabe der Bestände unzulässig mit Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft und mit Entlastung einer entzündungsfreien Verfassungserklärung der in Frage kommenden Mengen und schließlich auch mit Schließung des Betriebs gegen die Betriebsinhaber vorgehen wird.

Aufruf!

Ein Sonntag der inneren Erhebung.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Ein das deutsche Volk!

Ein neuer Gewaltkreis ist auf Deutschland herniedergegangen. Mit wohlberechneter Wucht trifft der Schlag der französischen Faust den unbedachten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft, längst vorhergesehen und doch unerwartet.

Vorhergesehen: denn die Pläne und Wünsche der Pariser Wirtschaft sind ohne Scheu auf Gütern und Märkten erzielt worden.

Unerwartet: denn immer blieb die Hoffnung, dass die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Ungehorsamkeit seiner Machtgeber ärgern würde.

Hat wirklich der Glaube gedieckt, dass den französischen Mäzen durch Beendigung des deutischen Arbeitszentrums abzuholzen wäre, so musste die schwere Enttäuschung folgen. Wegen den Rat der Kaufmänner aller Welt will Frankreich die Krise machen. Das es bei dem Verlust weitermuss, ist unsere Überzeugung.

Doch uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Wirtschaft richtet, aus eigenen Kräften zu verhindern. Was geschehen könnte, um das Unheil abzuwenden, haben wir verlust. Das bereitgebrachte Unheil zu lindern und zu beenden, wird unter Denken und Trachten sein. Dabei leiten uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen auch in der Kraft des guten Gewissens.

Alle Herzen erfüllt die unangenehme Bitterkeit dieser Stunde, wo über weitere Teile unseres Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Seelen der Freudenbereitschaft ertragen zu müssen. Vermehrte Not für unter fördere bedrängtes Volk muß der Einbruch in die Hauptstädte unserer Arbeit im Geiste haben.

Um so dringender aber ergeht der Ruf an alle Volks-

genossen: erlösen nicht das Los der am härtesten betroffenen Landesknechte.

Gefüllt aufrichtigen Sinnes und klaren Konzes die Forderung des Tages: keine Handlung darf geschehen, die unsere gerechte Sache schädigt. Schwere Schuld am eigenen Volke würde auf sich laden, wer sich hinreihen ließe, durch eine unüberlegte Tat dem Gegner in die Hand zu arbeiten. Von ehrlicher Selbstbeherrschung jedes Einzelnen hängt Wohl und Wehe der Gesamtheit ab.

Deut mehr als jemals leuchte uns das Beispiel der Würde

und der moralischen Kraft voran, das die Rheinländer im Jahre des Leidens gegeben haben.

Den treuen rheinisch-westfälischen Brüdern gilt heute vor allen anderen unter Gruss. Ihr werdet die eisernen Bänder bewahren, die Euer altes Erbteil ist, und ungebrochen werdet Ihr diesen Wetterbraus überdauern, Ihr, die kein Sturm der Weltgleiche jemals entwurzelt hat!

Ihr seid die Beugen, wie Frieden und Recht von neuem gebrochen werden. Mit Euch erheben wir Protest vor der Welt, gegen den Bruch des Vertrages, gegen den schwereren Bruch des stillen Rechtes unseres Volkes auf Leben, Verstand und Selbstbestimmung.

Eine schwere Zeit steht an, wohl schwerer noch als die Jahre, die wir seit dem Kriege durchlebten. Wie lange die Belastung dauern wird, vermag niemand zu sagen. Nur das wissen wir, dass die Not gezeigt und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in un trennbarer Einheit begegnen. Aber das auch wissen und hoffen wir, dass feste Zusammenleben des ganzen Volkes sie fürgen wird. Dazu wollen wir uns die Hände reichen und die Herzen stärken.

In Stadt und Land steht uns den nächsten Sonntag unter all dem dunkleren Druck der inneren Erhebung widmen und überall durch alle deutschen Gau in Haus und Hütte

Brotmarkenausgabe!

Die Brotmarken werden am Montag, den 15. Januar 1923, vorm. von 8-12 Uhr in den bekannten Ausgabestellen ausgegeben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 12. Januar 1923.

Der einheitliche Dezember-Strompreis von 108 M. für Licht und Kraft hat bei weitem nicht ausgereicht, die Stromverteilungskosten zu decken. Der Auflichtsrat hat angesichts der weiteren sprunghaften Versteuerung aller Ausgaben beschlossen, im

Jänner 200 M., Februar 300 M. und März 400 M. je Kilowattstunde zu erhöhen in der Erwartung, die vorausichtlichen Ausgaben hiermit bestreiten zu können.

Alle übrigen Gebühren sind angemäßt mit erhöht.

Somit erfolgt im Februar für das 1. Vierteljahr 1923 die Verrechnung und Einschaltung der Vierteljahresbeträge mit dem Durchschnittspreis von 300 M. je Kilowattstunde für Licht und Kraft. Gleichzeitig werden die vorläufigen Jahresrechnungen 1923 und der erste Nachtrag zu den Stromlieferungsbedingungen (Ausgabe 1922) zur Verteilung kommen. Aus dem Nachtrag sind alle ab 1. Januar 1923 geltenden Gebühren und geänderte Bedingungen zu erleben. Auf diesen ersten Nachtrag zur Ausgabe 1922, welcher auch bei den Gemeindeämtern ab 15. Januar eingehen ist, wird hiermit besonders hingewiesen. Der Mehrverbrauch 1922 kommt mit einem einheitlichen Strompreis von 72 M. je Kilowattstunde zur Verrechnung.

Gröba (Löbel), Januar 1923.

Elektrizitätsverband Gröba.

anderes Vaterlandes gedenken, seines Leibes und seines Rechts!

Berlin, den 11. Januar 1923.

Der Reichspräsident: Oberst.

Die Reichsregierung:

Dr. Guno, Reichskanzler; Dr. Wehner, Reichsminister; Dr. Goetze, Reichsminister; Groener, Reichsminister; Dr. Braun, Reichsminister; Dr. Geissler, Reichsminister; Dr. von Moltke, Reichsminister; Oester, Reichsminister; Dr. Becker, Reichsminister; Stiglitz, Reichsminister; Albert, Reichsminister; Dr. Luther, Reichsminister.

Viertliches und Sächsisches.

Niels, den 12. Januar 1923.

* Geneute Erhöhung des Brotpreises. Der Ernährungsausschuss der Amtshauptmannschaft Großenhain hält gestern vorzeitig unter Vorbeh. des Herrn Amtshauptmann Kühn im Sitzungsraume der Amtshauptmannschaft eine Sitzung ab, in der es wiederum alt, neue Fleisch- und Brotpreise festzulegen, die vom 15. Januar ab in Geltung treten. Es wurde, wie das "Groß. Tagbl." berichtet, folgende Position festgestellt:

1 Kilogramm Roggenbrot	241 M.
1 Brot zu 1000 Gramm	400 "
1 Kilogramm Weizenbrot	300 "
420 Gramm Weizenbrot	125 "
1 Kilogramm Roggenmehl	280 "
1 Kilogramm Weizengenmehl	300 "

Für die Berechnung dieser Preise ist diesmal in einer Vorberrechnung noch einem anderen als bisher üblich gewesenen System verfahren worden. Bei Einführung des Brotlohns ist eine Berücksichtigung der neuen Lohnförderung der Börsengesellschaften noch nicht erfolgt. Der bisher eingestellte gewesene Meisterlohn wurde völlig gestrichen, dagegen sind die einzelnen Positionen, aus denen sich der Brotlohn zusammensetzt, zum Teil sehr merklich erhöht worden. Eine erste Meinungsverschiedenheit ergab sich nach der Abstimmung zum Ausdruck, ob es ratsamer sei, einen gewissen Prozentsatz als Unternehmungsgewinn gleich fest in die Berechnung einzuführen, oder diesen mehr in die einzelnen Positionen des Brotlohnes unterzubringen. Einigereat wurde, zu erwarten, ob sich die Aufstellung des Brotlohnes und seiner einzelnen Positionen künftighin nicht schwerer auf Grund des Lebenshaltungs- und des Großhandels-Index erreichen lassen werde, damit nicht in jeder Sitzung erneut der Kluhandel um die einzelnen Positionen eintreten müsse.

* Beförderer sind die Obersteuerinspektor Spießberger, Kochmann und Birnstein zu Steuerinspektoren. - Verlegt ist der Steuerinspektor Jäger als Obersteuerinspektor zum Amtsamt Chemnitz-Ost (III).

* Vermischt. Seit dem 8. Januar 1923 wird ein 17jähriger junger Mann von hier vermischt. Er ist 1,80 bis 1,85 Meter groß, leicht, hat dunkelblondes Haar und ist bekleidet gewesen mit graumeliertem Steppot, braunem Mantel, braun und schwarzenflecktem Hemd, dergleichen Weste, grauer weißer englischer Mütze, schwarzen Schnürsachen, weißer Normalunterwäsche, grauwollenen Strümpfen und braunen Lederschläppchen. Es wird vermutet, daß er sich ein Bild angelegt hat. Einige Wahrscheinungen über den Verbleib des jungen Mannes erhielten der gleiche Kriminalpolizei.

* Einbruch. In der Nacht zum 12. Januar 1923 sind bei dem Kaufmann Guhl Altmann, hier, Bettinistraße 14, mittels Einbruchs aus der Schaukennauslage 4 weiße Tarnstoffbezüge, 3 weiße Tischtücher, 3 Mundtücher, 4 Dusent-Duschentücher und 6 Handtücher gestohlen worden. Der Täter hat das Schaukenn mit einem großen Granaten (Flaschenbombe), den er mit einem schwäbigen roten Taschentuch, das mit einer 5 Centimeter breiten weißen Kante und mit schwärztem Punkt- und Würfelmuster versehen ist, umwickelt hatte, eingeschlagen. Die Tat ist vermutlich in der Zeit von 3 bis 5 Uhr nachts verübt worden. Zu diesem Zeitpunkt ist von Bewohnern der Bettinistraße ein lautes Knall vernommen worden. Sachverständige Untersuchungen wolle man der hiesigen Kriminalpolizei zur Kenntnis bringen.

* Einbruch. Von Montag, den 15. Januar 1923 ab wird 8.000, von Leipzig nach Dresden, eingezogen. Vom gleichen Tage an entfällt deshalb die Personenzugförderung 4. Klasse an Werktagen von Niels bis Priestewitz; ab Niels 1,48 nachts, ab Langenberg 1,57, ab Leipzig 8. Gr. 2,03, an Priestewitz 2,19 Uhr nachts.

* Kreditlinie für besonders notleidende Gemeinden. Das Reich hat dem Lande Mittel zur Unterstützung besonders notleidender Gemeinden im Wege des Kredits zur Verfügung gestellt. Die Dauer des Kredits ist auf die Zeit bis 1. Juli 1923 bestimmt. Der Zinsfuß beträgt 8 v. H. Das Ministerium des Innern gibt hierzu bekannt: Die Mittel werden nicht gleichmäßig ausgeschüttet,

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Soran.
52. Fortsetzung.

Auf einmal konnte sie es gar nicht mehr ertragen, daß Harry Lauten aufstand und den Salon verließ; sie fühlte sich unzählig, ihn länger in ihrer Umgebung zu ertragen, und sie zitterte doch wieder vor dem Moment, da sie ihn nach dem Gebot der gesellschaftlichen Konvention bis zur Tür begleiten und ihm in slavischer Duldung den Kumb zum Kusse reichen mühte.

Um ihre große Unruhe zu verbergen, ging sie endlich nach dem Spezialzimmer hinüber und hantierte hier zwecklos in den Wandschränken herum, die am Nachmittag von Gerlon gekommen waren und nun in großen Bergen die Platte des mächtigen Ausichtsfusses bedekten.

Erst als Harry sich in der achten Stunde verabschiedet hatte und sie mit Rüthe beim Abendbrot saß, begann die stürmische Erregung ihres Innern wieder langsam abzubauen.

Die Mutter nahm an dem kleinen Mahle der Schwestern nicht teil; die Spannungen der Heimzeit von Raubheim hatten sie derart angegriffen, daß sie seit ihrer Ankunft in Berlin auf ärztliche Anordnung wieder fest das Bett hüten mußte.

"Mutters Zustand macht mir schwer Sorge!" sagte Lotte, "ich finde, Raubheim hat ihr diesesmal direkt mehr geschadet als genügt! Auch das Gesicht Dr. Doras bei seiner Muttergespräch war sehr ernst!"

"Mutter hat sich wieder über Pauls Brief so aufgeregt!" versetzte Rüthe. "Paul hat sich anscheinend eingebildet, in der Londonischen Villale in London den großen Herrn wissen zu können, und es gefällt ihm nun natürlich sehr wenig, daß Harry ihm so sofort ans die Finger paßt. Ich verstehe ja Pauls Situation vollkommen, Harry wäre der letzte, den ich mir zum Chef wünschte! Die Sache ist aber doch nicht zu ändern, und Paul kann froh sein, daß Harry ihn nach allem, was zwischen ihnen vorgefallen ist, noch einmal in einer so günstigen Position in seinem Englandgeschäft untergebracht hat! Jetzt will er seine Stellung in London aufgeben und nach Amerika auswandern! Kleinnetzwerk kann er ja tun und lassen, was er will, nur soll er Mutter mit seinen Briefen verschonen!"

"Ja, die Hochzeit!" gab Lotte gedankenverloren zurück. "Manchmal meine ich, sie dürfe gar nicht auftauchen kommen! Wir sitzen ja oft so angst, Rüthe, vor all dem Neuen, vor dieser Ehe, vor meiner ganzen Zukunft!"

Sie könnten vielmehr nur auf eingehend bearbeitete Einzelheiten nach Erfüllung des Bedarfs und der Geldbeschaffungsmöglichkeiten vom Lande vorbereitendes unter den eingangs genannten Bedingungen gewöhnt werden. In der Regel sollen nur solche Gemeinden berücksichtigt werden, die nachweisen, daß sie trotz der beschleunigten Überweitung von weiteren Reichssteueranträgen und Bevölkerungswachstum die Ausgaben ihres ordentlichen Haushalts selbst nicht decken können. Dabei wird davon auszugehen sein, daß sich wachsende Betriebe selbst tragen sollen. Besuche sind an die Aufsichtsbehörden zu richten.

* Zahlung der Umlaufsteuer. Der umlaufsteuerpflichtig ist, hat innerhalb des Monats Januar 1923 bei dem zuständigen Finanzamt für das Kalendervierteljahr Oktober bis Dezember 1922 die vereinahmten umfassenderen steuerpflichtigen Entgelte in einer Gesamtklamme als Voranmeldung anzugeben und den sich daraus ergebenden Steuerbetrag (z. B. v. H. der vereinahmten Entgelte) als Voranschlag abzuführen. Die Voranschlagszahlung kann mittels Bankkarte bewirkt werden. - Zahlreiche Steuerpflichtige sind ihrer Voranschlagspflicht für die ersten drei Kalendervierteljahre 1922 (Januar bis September 1922) bisher nicht oder nicht genügend nachgekommen. Überkeit die für die bis zum 31. Januar 1923 vereinigte Steuer den Gesamtbetrag der bis zum 20. v. H. so erhöht ist, von anderen Nachteilen abgesehen, die Steuer in jedem Fall um 10 v. H. dieses Überschreitenden Betrages. Die Steuerpflichtigen können diesen Nachteil vermeiden, wenn sie die bisher nicht oder nicht in genügender Höhe bemerkten Voranschlagszahlungen mit der im Januar fälligen Voranschlagszahlung leisten.

* Güterverkehr. Ab 1. Januar unterliegt jeder bei den Güterabfertigungen von Versendern gestellte Antrag auf Ablieferungsnachweis der Gütekennstiftung, und zwar vor Stück mit 200 Mark, für Ladungen mit 940 Mark. Wer der Antrag wegen Güterfristüberschreitung oder fehlerhafter Gutedeckung begründet, wird die fr. Gebühr auf Ansuchen aufzuerfordern.

* Wochenerhebung des Landesamtes für Arbeitsmarktforschung vom 31. Dezember 1922 bis 8. Januar 1923. Die Arbeitsmarktlage hat in den ersten Tagen des neuen Jahres allenthalben eine merkliche Verbesserung erfahren. Bemerkenswert ist insbesondere eine allgemeine Zunahme der Arbeitsmarkten des Metalls, des Holzbaus und des Bauarbeiterbetriebes. Tie ist auf einene Berufsbildung in der Ausbildung schöner Stellen deutet auf ein weiteres Nachlassen des Beschäftigungsgrades hin.

Bei der Landesmarktforschung erreichten die Anforderungen von Arbeitskräften nicht die sonst gewohnte Höhe zum Jahreswechsel. Vorangestellt werden jüngere männliche und weibliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte, während ältere Arbeiter und Arbeiter zum Teil schwer unterzubringen sind. Im Hugo-Deutscher und Friederich-Gießkohlendorf hat sich die Nachfrage nach Bergarbeitern. Die Jugendlichen haben zum großen Teil ihre Arbeit eingestellt. In der Metallindustrie wird das Una-Bot jüngerer Arbeitskräfte, insbesondere Maschinenflosser, immer größer. Der Bedarf an Facharbeitern geht zurück. In der Textilindustrie bleibt der Nachfrage nach jüngeren Arbeitskräften geblieben. Die Betriebsentschließungen und Entlassungen nehmen zu. Aus dem Holzgewerbe werden aus einer Reihe von Bezirken Betriebsentschließungen und Entlassungen von Tischlern und Sonstigen Holzarbeitern gemeldet. In Leipzig, Dresden und Chemnitz treten arbeitsuchende Mädchenträger in größerer Zahl auf. Für Männer und Frauen ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor ungünstig. Auch im Tabakwarenhandel findet mit Ausnahme der Dresdner Zigarettenfabrik eine weitere Zunahme der Arbeitsuchenden statt. In der Schuhindustrie sind allenthalben Betriebsentschließungen zu beobachten. Arbeitssuchende Kinder treten in Leipzig, Chemnitz und Dresden in starker Zahl auf dem Arbeitsmarkt auf. Im Baugewerbe überwiegt das Angebot die Nachfrage allenthalben ganz wesentlich. Nur stellenweise wird in Schranken umfang nach Nacharbeitern, insbesondere Malern, Tischdeckern und Steinlebern gefragt. Im gastrischen Gewerbe hat das Angebot an Schwestern und Waschmädchenzenmern zugemessen. Im Handelsgewerbe brachte der Jahresdurchgang eine außerordentliche Zunahme der Arbeitsuchenden. Der Vermittlungsdienst der Arbeitsuchenden neigte sich, doch konnten im allgemeinen nur jüngere Arbeitskräfte untergebraucht werden. Im Gastwirtsgewerbe ist nach einer vorübergehenden Verbesserung durch die Ausbildung von Arbeitsuchenden Kellner, Biergärtner usw. an den Herren- tagen die Nachfrage wieder stark zurückgegangen. Weitere Arbeitskräfte bleiben stellenweise gesucht. Der Arbeitsmarkt für Angelernte erscheint allenthalben starke Zugänge durch den Stillstand im Baugewerbe, in den Fleischerei- und in den Futterfabriken. Die Nachfrage nach Hauspersonal ist zwar in den Großstädten immer noch rege, hat jedoch gegenüber früheren Monaten nachgelassen.

* Einbruch. Von Montag, den 15. Januar 1923 ab wird 8.000, von Leipzig nach Dresden, eingezogen.

Vom gleichen Tage an entfällt deshalb die Personenzugförderung 4. Klasse an Werktagen von Niels bis

Priestewitz; ab Niels 1,48 nachts, ab Langenberg 1,57, ab Leipzig 8. Gr. 2,03, an Priestewitz 2,19 Uhr nachts.

* Kreditlinie für besonders notleidende Gemeinden. Das Reich hat dem Lande Mittel zur Unterstützung besonders notleidender Gemeinden im Wege des Kredits zur Verfügung gestellt. Die Dauer des Kredits ist auf die Zeit bis 1. Juli 1923 bestimmt. Der Zinsfuß beträgt 8 v. H. Das Ministerium des Innern gibt hierzu bekannt: Die Mittel werden nicht gleichmäßig ausgeschüttet,

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 10898 Mark.

* Bahnstellen und Geldentwertung. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Aus weiten Bevölkerungskreisen geht der Reichstagung dauernd eine Fülle von Anregungen zu, die die Geldentwertung bei Rückzahlung von Schulden der verschiedenen Art, insbesondere bei Bahnstellen, beeinträchtigen sollen. Dabei wird u. a. der Erlass geleglicher Befreiungen befürwortet, durch die die Rückzahlung der Bahnstellen an die Zustimmung der Gläubiger gebunden werden soll. Die Reichsregierung, die diese Anregung unter Berücksichtigung des übermittelten Materials eingehend geprüft hat, ist nach vorläufiger Würdigung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte zu der Auffassung gelangt, daß gegenwärtige Einsätze der bezeichneten Art abzusehen sind, zumal eine Nutzierung des geschuldeten Beträge und zwar sowohl des Kapitals als auch der Zinsen nicht in Aussicht gestellt werden kann.

* Bahnbauten im Erzgebirge. Bahnbauten werden gegenwärtig im östlichen Erzgebirge ausgeführt. Es handelt sich dabei, wie wir dem "Chemnitzer Tageblatt" entnehmen, zuerst um Ausbau der Nebenbahn Hainsberg-Ripsdorf. Diese Strecke durchschneidet das teilweise sehr enge Tal der böhm. Weißeris und genügt in seinen drastischen Verhältnissen nicht mehr dem zeitgleichen Verkehr, der im Sommer und Winter durch den regen Verkehr der Reisezüge in diesem Gebirgsdal sehr lebhaft ist. Auch der britische Personen- und Güterverkehr nimmt ständig zu. Nachdem die Strecke in dem engsten Talabschnitt teilweise erneuert ist, wird gegenwärtig die Bahn im oberen Tal der Schmideter vollständig neu gebaut. Der Bahnbau wird an den höheren Talrand gelegt, woher Kreuzungen mit der Straße vermieden werden. Außerdem ist zur Unterstützung der Bahnstrecke ein mächtiger Brückbau aus Beton und Naturstein errichtet. Der Bahnhof wird an dem oberen Ende neu errichtet. Gleichzeitig mit diesem Bau wird auch an einer neuen Bahn von Schmideter durch das einsame Höhental hinüber ins Tal der böhm. Weißeris und zum Anschluß an die Straße Freiberg-Moldau gearbeitet. Es ist das eine sehr schwierige Streckenlage, die starke Steigungen zu überwinden sind. Die Vollendung des Baus wird daher nicht so rasch zu erreichen sein, zumal die Baukosten außerordentlich hoch sind.

* Döbeln. Ein falscher Lokomotivführer in voller preußischer Amtsuniform hat sich am 8. und 9. M. auf den böhmen Bahnhöfen aufzuhalten und verhindert, verschiedene den richtigen Bahnhöfen aufzuhenden Verhinderungen zu erlangen. Beim Versuch, am Bahnhof Döbeln-Ost eine Kreisfahrt nach Meißen zu bekommen, kam sein Schwund heraus, die benachrichtigte Kriminalpolizei nahm ihn fest und stellte in ihm einen vielfach vorbestraften, unter Polizeiinspektion stehenden 80-jährigen Arbeiter aus Zwönitz fest. Der Ausweis hatte er einem in Dresden dort aufzuhaltenden preußischen Bahnbeamten gestohlen, während er die Uniform und Abzeichen sich gekauft hat.

* Dresden. Ein frecher Diebstahl wurde am Donnerstag nachmittag im Städtischen Schlachthof verübt. Während der Fleidermarter Hoffmann aus Bannmick für kurze Zeit das dortige Schlachthofrestaurant aufsuchte, schwang sich ein Spitzbube auf dessen Geschirr, auf dem sich vier lebende Schweine befanden, und fuhr mit der wertvollen Beute davon. Der Dieb konnte sich aber nicht lange seiner Beute erfreuen, denn er konnte weitest des "Wilden Mannes", landwärts fahrend, festgenommen werden.

* Böhlen. Dem Hödermann Ernst Kreidmar aus Oberplanitz stärzte bei Ausübung seines Berufes im Fleischabtrieb ein großer Stein auf Kopf und Oberkörper. Der Vermüllte ist seinen Verlegungen erlegen.

* Gießhünnendorf. Eine zielgemäße Einrichtung wird hier durch die "Vereinigten Korporationen" im Grabenstrassen angestrebt. Weil die Kosten bei der Verdigung von Vereinsmitgliedern infolge der Geldentwertung immer höher werden, will man auf genossenschaftlicher Grundlage zu gemeinsamer Auflösung der Mittel kommen. Eine Anzahl von Vereinen erklärte bereits ihre Zustimmung zu dieser Vereinigung. Der Anschluß weiterer Vereine steht in Aussicht.

* Dörrhennersdorf. Wegen Tollwut mußte hier das Vieh des Gutsbesitzers Mandl getötet werden. Das Tier war im November von einem tollwutkranken Hund in die Lippe gebissen worden, aber erst nach Verlauf von acht Wochen machten sich bei dem Pferde Symptome von Tollwut bemerkbar.

* Plauen. Der 52-jährige Arbeiter Otto Blum aus Christowic verunglückte am Dienstag vormittag am Bahnhof Christowic, indem er beim Entleeren einer mit Ged

zwei Männer umschlugen und gewaltsam auf ihren Stuhl zurückfieben.

Lotte?"

Die Schwester stand vor ihr, atemlos vor Angst und Erregung.

"Lotte! Sammle sie von neuem. Was ist dir, was hastest du im Sinn?"

Und plötzlich lag sie vor ihr auf den Knie und klammerte sie mit beiden Händen um ihr Kleid.

"Lotte, erzähl' mir, tu uns das nicht an! Versprich mir, daß du das nie wieder versuchen wirst!"

Da neigte sie sich Lotte langsam zu der Bettenden hinab und barg ihr Gesicht in einer Anwandlung von Scham in Höchst schwerer, blonder Fleckenkrone.

Wenn legt die Schwester nicht gewesen wäre und sie blutig und zerkrümmt, eine formlose Masse, da unten auf dem Knie, fallen Fleister läge!

"Weine nicht, Rüthe!" flüsterte sie ganz leise. "Es ist ja schon wieder vorbei! Ich muß und werde mein Leben weiterleben!"

Ellen Walden sah in dem Erker ihres kleinen Salons und sah in die sinkende Abenddämmerung des Hollendorfplatzes hinaus.

Die Generalprobe der "Siegerin" hatte sich bis in den späteren Nachmittag hingezogen.

Der Tonk ist endgültig, härtlich-freudliche Oberregisseur war heute von einer kaum erträglichen Ungeduld und Unzufriedenheit gewesen; noch in letzter Stunde hatte er in einem Dialogparten des zweiten und dritten Aktes ausdrücklich mit dem Rollstuhl gerechnet und ganze Szenenrollen bis zur Eröffnung der Vorstellung immer von neuem wiederholen lassen.

Kurt, der der Probe von einer Parkettloge aus gewohnt, hatte zu allen Aufführungen des ersten kleinen Stücks mit unerschöpflichem Gleichen geschwiegen und auch später, als er mit Ellen in einem Weinrestaurant am Zoologischen Garten zu Mittag gespeist hatte, war das vorzühlische Gesicht seines Schauspielers von ihm mit keiner Silbe berührt worden.

In dritter Stunde hatte Kurt die aufzählpunktzige Stunden vor der Entstehung vorausblickt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Schwestern sah sie mit dem Oberkörper fast ganz zur Haltung des Gentlers hinausziehen, da fühlte sie sich von

dem Herrn aufgezögert, außer dir!" sagte sie.

"Das ist keine gute Idee, Rüthe!" flüsterte sie ganz leise.

Wie in einem wildschwungenen Tisch aufzufordern.

feindeten elternen Sippel eine 2% Meter tiefe Höhlung hinabstürzte. Die Eltern und die Tochter fielen auf den Mann zu Boden. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Wien. Eine Gasvergiftung sind hier am Dienstag drei Personen, Mutter, Tochter und Enkelkind, zum Tode gefallen. Es handelt sich um die im Erdgeschoss des Grundstücks Mariahilfer 4 wohnende Frau Almex mit Tochter und deren Kind. Wie schon immer während der Krankheit der Mutter schliefte die in der Mutterkrahe wohnende verheiratete Tochter, Frau Maria Ester Beyer, gestern mittags gegen 1 Uhr ihre Angehörigen. Sie bat beim Betreten des Grundstücks zunächst nichts Verdächtiges bemerkt, auch keinen Gasgeruch wahrgenommen. Als sie in das Wohnzimmer trat, fand sie die Schwestern mit dem Gesicht auf dem Bett, dem einzigen der Familie, liegen, in dem noch die Mutter und das Kind lagen. Als sich niemand rührte, bemerkte sie beim näheren Aussehen zu ihrem großen Schreck, daß alle drei tot waren. Nun bemerkte sie auch Gasgeruch. Sie sonderte das Gasloch offen, daran das Waschbecken mit Wasser, in dem Kartoffeln lagen. Wie sie anspult, brannte die Flamme des Gasloches noch. Sie drehte den Hahn ab und entzündete ein Feuer bei der Polizei. Der Polizist fand, daß bei allen drei schon die Todestürke eingetreten war. Da die Tochter kurz vorher abgesehen war, konnte man feststellen, daß eine sehr erledigte Person Gas dem Kinder entzündet war, eine Person, die sie an einer Flamme entzündet und zu einer Explosion hätte führen müssen. Sicherlich hat sich die Frau Beyer aber in der Hoffnung in der Verdecktheit getäuscht. Die Unterforschungskommission ist der Überzeugung, daß ein Unfallstall und kein Selbstmord vorliegt. Wie Frau Beyer angibt, haben ihre Angehörigen auch niemals Selbstmordabsichten gehabt. Die Frau Almex ist 57 Jahre, ihre Tochter 25 und das Kind 2 Jahre alt.

Leipzig. Am Donnerstagabend war im Neubau von Adolf Bleichert & Co. in Lützschitz, Wörlitzerstraße (Hinter dem Turnplatz), Großfeuer ausgebrochen. Gegen halb sieben Uhr hatte ein im Beamtenhaus der Firma wohnender Meister an der linken vorderen Ecke der 125 Meter langen und 44 Meter breiten Doppelhalle der Fabrik anlage eine verdächtige Rauchentwicklung bemerkt. Seine Beurteilung, daß Feuer ausgebrochen sei, bestätigte sich. Das Feuer hatte sich bereits vor Eintreffen der Wehren ausgedehnt, daß die große Halle ein einziges Flammenmeer bildete. Die Doppelhalle diente als Lagerraum für Fertigfabrikate, Material zur Fabrikation, Motoren u. a.; sie barg Millionenwerte. Sie war als erste von der neuen Fabrik anlage in Lützschitz errichtet worden und brannte nun bis auf das Mauerwerk nieder. Der Betrieb der Fabrik wird, wie die "L. N. R." melden, durch den Brand nicht gestört, da Arbeitsräume durch das Feuer nicht vernichtet wurden. Wie das genannte Blatt ferner berichtet, hatte ein 18jähriger Sohn von einer Firma den Auftrag erhalten, einen Scheck bei einer anderen Firma abzugeben. Dort erhielt er 545000 Mark bare Geld ausgezahlt, das in gebündelten Einhundertmarksscheinen bestand. Er ließ sich Zeitungskopier zum Einpacken geben und war im Begriff, das Geld seinem Auftraggeber zu überbringen. Als er kaum die Straße — den Brühl — betreten hatte, fiel ihm das Paket aus der Hand, wobei ein Bündel Hundertmarksscheine herausfiel. Dies muß eine Frauensperson, die sich in der Gegend ständig herumtreiben soll, geleistet haben. Sie sprach den Bürgern an, der sich auch verleiten ließ, mit ihr in ihre Wohnung in der Großen Fleischergasse zu gehen. Nach kurzer Zeit verließ der Bürgler die Wohnung mit seinem Paket, das er dort eingeschlossen aus der Hand gelegt hatte, wieder. Vor der Tür seines Auftraggebers angelangt, öffnete er das Paket und mußte zu seinem nicht geringen Schreck wahrnehmen, daß sich die gebündelten Scheine bis auf einige lose in acht kleine Bücher mit dem Titel "Roman Roman" verwandelt hatten. In seiner Angst hat sich der leichtsinnige Mensch bis in die Nacht hinein in der Stadt herumgetrieben und den Entführten gefragt, ob das Leben zu nehmen. Er löste sich einer Glensbachfamilie nach Meuselwitz. Brockenhausen und Rissen sprang er während der Fahrt aus dem Auto. Seinen Zweck hatte er dadurch aber nicht erreicht. Ohne Schaden genommen zu haben, bog er sich nach Leipzig zurück und stellte sich hier freiwillig der Polizei. Eine Frauensperson, die ohne Zweifel die Bücher mit dem Gelde vertauscht hat und vorher oft auf dem Brühl gesehen worden ist, konnte bis jetzt nicht dingfest gemacht werden.

Bermischt.

Hinrichtung einer Frau in England. Aus London wird gemeldet: Frau Thomson und ein Mittduldiger, die wegen Mordes zum Tode verurteilt worden waren, sind hingerichtet worden. Dies ist seit 15 Jahren der erste Fall, daß in England an einer Frau die Todesstrafe vollstreckt wird.

Drahtheftentata auf Automobile. Zwei verbrecherische Attentate auf Automobile wurden dieser Tage in dem Tanger Vorort Ober verküft. Über die Chaussee in Gesichtshöhe war ein Drahtseil gespannt und

an Telegraphenstangen befestigt worden. Ein passierender Kraftwagen fuhr gegen das Seil, wobei der Fahrer sowie der Insasse erheblich verletzt wurden. Ebenso fuhr ein anderer Wagen gegen ein Seil, das eine Straße weiter gleichfalls über den Weg gespannt war. Auch hierbei wurden die Insassen, wenn auch nicht schwer, verletzt. Einige Zeit später wurde ein neues gespanntes Seil vorgefundene. Die Täter, auf deren Identität eine hohe Belohnung ausgesteckt ist, konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Großfeuer bei Grünau. Mittwoch abend gegen 8 Uhr kam in Böhndorf bei Pößnitz, nahe Grünau, aus noch unbekannter Ursache ein Großfeuer zum Ausbruch und verursachte dort und in anderen Orten an der östlichen Elblandstrasse große Aufregung. Es brannte eine mit Getreide und landwirtschaftlichen Gütern gefüllte Scheune des Pächters F. Baumert in solcher Ausdehnung, daß offenkundig das ganze Dorf gefährdet schien. Bei der Löschung, die durch Wassermangel aufgehoben wurde, ersetzten mehrere Bewohner Männer Brandverlegerungen.

Das Feuer in England. In Oberholzien. Der nach Mittwoch entstandene Sonderberichterstatter des Westfälischen Telegraphen-Büros meldet zu dem Unglück auf der Übungsgruppe der Tonnerdmarathonschen Eisen- und Rohrleitungsgesellschaft noch folgendes: Das Unglück ereignete sich Mittwoch abend gegen 8 Uhr auf der 280 Meter-Sohle in der Förderstrecke des Hugo-Alzes durch Entzündung eines Benzinhedlers einer Grubenlokomotive. Hierbei geriet die Zimmerung in der Grubenstrecke in Brand. Die entstehenden Rauchschwaden und Flammen zogen mit den frischen Wettern nach dem Arbeitshof und überwältigten die dort tätigen Bergleute. Von den 48 Mann harter Belegschaft konnten sich nur zwei durch eilige Flucht retten, während die übrigen 46 Mann, darunter ein Oberhaupt, den giftigen Gasen zum Opfer fielen. Kein von den Verunglückten sind ledig, 37 verheiratet. Die 108 bezw. Aufräumungsarbeiten sind von einer Rettungssolonne sofort in Angriff genommen worden. Man verlor durch starke Brandförderung des Brandes Zeit zu retten, ohne größere Aufräumungsarbeiten vornehmen zu müssen, die eine Bergung der Verunglückten vor Wochen unmöglich machen würde. Durch die Bezeichnung der Zimmerung ist das Feuer teilweise zusammengebrochen. Die Rettungsarbeiten werden dadurch sehr erschwert. Trotzdem hofft man, im Laufe des heutigen Nachmittags an die Bergungsfähigkeit gelangt und sie bergen zu können. Es ist aber kaum damit zu rechnen, auch nur einen von ihnen lebend auszugehen zu können. Die Bergbehörden befinden sich an der Unglücksstätte. Weitgehend umlagern die Angehörigen und eine große Anzahl Neugieriger die Schachttore.

In der Lustdorfstraße um die Welt. Der erste "Bürokratenschreiber", der Sieger Alan J. Cobham, der bereits viele lange Geschäftsfahrten mit steilen Ausfällen gefahren ist, brachte im März einen Flug um die Welt zu wagen. Er wird dabei begleitet werden von Madeline Cripe, der bereits häufig bei seinem Versuch, den Atlantischen Ozean zu überqueren, im Jahre 1921 begleitete. Die Reise soll quer durch Mitteleuropa über Wien nach Konstantinopel gehen, dann nach Bagdad und Indien, quer durch Indien nach China, dann nach Japan, den Kleinen Inseln, nach Vancouver, Neufundland, den Azoren, Afrika und wieder nach London zurück. Cobham hofft, diesen Flug rund um die Welt in etwa 60 Tagen zu vollenden.

Des Millionärs Vermächtnis an seine Söhne. Der frühere Bürgermeister von Liverpool Louis Samuel Cohen, der als Besitzer einer großen Firma und vielerer Millioane stand, hat in seinem Testamente ein Vermächtnis an seine Söhne hinterlassen, in dem er sie auf das dringendste beschwört, nie zu investieren. Das Geschäftsmachen an der Börse erscheint ihm als der gefährlichste Geldverlust, und er ruft daher aus dem Grabe seinen Söhnen zu: „Ich bitte und beschwöre meine Söhne, sich niemals in Spekulationen an der Börse oder sonstwo einzulassen. Geld, das auf diese Weise gewonnen wird, wird sicher wieder verloren und führt zu weiteren Verlusten und Unglück.“ Ebenso verbietet dieser Vater seinen Söhnen, die in das Geschäft einzutreten, sich jemals als Kandidat für das Parlament oder für irgendwelche öffentliche Ämter aufzustellen zu lassen. Endlich warnt er sie vor Heiraten mit Frauen, die einer anderen Konfession oder einer anderen Nation angehören. All diese Warnungen dehnt er auch auf seine „Eitel und enthernten Wildschweine“ aus.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. Januar 1928.

Aus der Berliner Stadtversammlung.

Berlin. Nach Eröffnung der Sitzung der Berliner Stadtversammlung erhob Oberbürgermeister Weizsäcker das Wort, um zu dem Einmarsch der Spanier zur Versammlung zu sprechen. Mit Ausnahme der Kommunisten hörten die Mitglieder die Ansprache stehend an. Der Oberbürgermeister sagte hierauf: Neue Not und neues

Leid gibt schwere Niederkünfte, und unter neuen und neueren Bauwerken haben die meistens gebrochenen Häuser in ihre Bauweise willig mit aufgenommen. Behagliche, freundliche Häuser mit reizenden Fenstern, Stufen, breiten Fenstern und scheinbarlichem Überdach geben Bezeugnis von dieser Zeit, ein beiderseitiges Beispiel des Nations-Schlösschen an der Elbe.

Wetitere Jahrhunderte brachten einheitlich ganze Straßengänge und Stadtteile hervor. Wir sehen die nüchternen Straßen. Die nüchternen Gleichgültigkeit ist verschwunden, einer Besonderheit zu uns spricht, in deren innerem Bau aber eine wohlbauende Behaglichkeit herrscht, breite schöne Räume, große Küchen, freundliche Hallen.

Die Zeit einer bereits unfernen Vergangenheit angehörenden etwas prächtigen Renaissance schenkte und weiterhin viele Straßen. Die nüchternen Gleichgültigkeit ist verschwunden, dafür macht sich ein überladener Aufzug von Turmen, Sphären, Säulen und Vorhängen breit. Die König-Johannstraße, Victoria-, Gründer-, Amalien-, Hochstraße und andere geben davon Bezeugnis und stehen auffällig ab gegen die alten schlichten Bauten der Petruskirche und Johanneskirche.

Einem frischen, fröhlichen Zug in die starre Bauweise brachte das Aufleben des Jugendstils. Reizende Villen der Südstadt, Hochstaatsstraße und wunderbare andere Vorstadtstraßen geben Bezeugnis davon mit ungemeinig anlegten Fenstern, geschwungenen Linien, sonderbaren Hausschmuckungen und eigenartigen Dächern, bis auch dieser Stil überholt word und einer der praktischen Schönheit dienenden Bauweise Platz mache.

Geniale Baumeister haben der neuern Stadt den Stempel ihres Geistes aufgedrückt. Sie bilden das neue Rathaus einen klassischen Schmuck und steht in seiner schönen Eigenart als Werkeleiner der Zeit. Wie wohltuend sind dem Auge die eingegliederten Fronten, die Treppen mit ihren Obelisken und den majestätischen Säulen! Die reizvoll wirken die rotansteigenden Treppen, der mässiger Turm! Ja, selbst der vielangeforderte Hofschiefer am Eingang zum Rathaus gehört dazu und bildet einen freundlichen Gegensatz zu der ernsten Würde des Hauses. Tie gegenüber liegende Schule, in gleicher Bauweise entstanden, läßt reizvoll den Blick ab.

So liege mir noch unendlich viel erzählen über die verschiedenen Baustile, die das Gesamtbild der Stadt ausmachen.

Endlich kommt über unsere Brüder und Schwestern. Glück denen, die uns bedrücken, Glück denen, die uns an der Arbeit hindern. Glück denen, die uns vergewaltigen! Galtet aus, ihr brauen deutschen Brüder! Bleibt uns treu, wie wir euch treu bleibet! — Zum Vorsitzer der Versammlung wurde sobald Dr. Gaspal mit 114 gegen 101 Stimmen gewählt. Er übernahm sofort die Leitung der Versammlung. Im getrennten Wahlgang wurden sodann zum Vorsteher-Stellvertreter die Stadtverordneten Fabian, Dr. Meyer und Dr. Schwarz wieder gewählt.

Die Prager Regierung demonstriert.

Prag. Wie an maßgebender Stelle kategorisch erklärt wird, ist an allen Meldungen über eine Vertreibung des Reichstagswahlkampfes an den Sanktuarien gegen Deutschland und über Truppenversammlungen an der tschechoslowakisch-deutschen Grenze kein wahres Wort.

Eine italienische Stimme.

Rom. Die "Turiner Stampa" stellt folgende Nicht-Unterschriften gegenwärtigen Kriegs auf: Der englische Vorschlag auf der Pariser Konferenz ist, soweit er die Reparationen betrifft, sehr brauchbar. Die im Projekt Mußolinis vorgeschlagenen Maßnahmen wären, wenn sie durch Frankreich kontrolliert würden, während sich England abseits bleite, höchst gefährlich für Italien. Die von Frankreich geplante Union der deutschen und der französischen Industrie bildet eine Gefahr für Italien, die sich nur durch einen Einfluß Italiens auf England abwenden läßt. Die französischen Politiker verfolgen mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet teils bewußt, teils unbewußt mehr politische und Italien schädigende, als wirtschaftliche Ziele. Dafür wäre es, Englands Haltung auf rein wirtschaftliche Gründe zurückzuführen, weil England an einem starken Deutschland ebenso wie Italien im Interesse des europäischen Gleichgewichts politisch interessiert ist. Darin stimmt die Politik der Vereinigten Staaten mit der Englands überein.

Verschiebung der Sitzung der Reparationskommission.

Paris. Die Beratung der Reparationskommission über die deutsche Moratoriumsnote vom 13. November beginnt am Sonnabend vormittag. Dem "Petit Parisien" auf folge ist diese Verschiebung dadurch verursacht worden, daß die französische Delegation der Reparationskommission einen von Sedouy ausgearbeiteten Garantieplan unterbreiten wird, bei dem die Fristschläge der Alliierten, namentlich die des Mussolinischen Planes, berücksichtigt sind.

Die Bedeutung der Ereignisse in Deutschland.

Bonbon. Reuter meldet aus Washington: Da nunmehr die Besetzung des Ruhrgebietes im Gange ist, stellt sich die Washingtoner Regierung auf den Standpunkt, daß die Lage der Welt jetzt von der Wendung der Ereignisse in Deutschland abhängt. Es wird erklärt, daß es das augenblickliche Ziel der amerikanischen Regierung ist, in dieser kritischen Periode alles mögliche zu tun, um größere Reibungen und Mißverständnisse zu verhindern.

Washington. Der deutsche Botschafter Wiedelsdt hat Staatssekretär Hughes den Protest Deutschlands gegen den Einmarsch ins Ruhrgebiet überreicht.

Die Haltung Englands.

Bonbon. "Wall Mail and Globe" berichtet noch über die geistige Rabinettssitzung, daß Bonar Law den Vorsitz führt und einen Bericht über die Pariser Konferenz unterbreite. Hierauf erörterten die Minister die durch den französischen Vormarsch geschaffene Lage. Es werden weitere Zusammenkünfte des Kabinetts in dieser außerordentlichen Lage stattfinden. In der Sitzung seien keinerlei Beschlüsse gefaßt worden. Großbritannien, das seine Handelsfreiheit bewahrt, ist Frankreich von Herzen freundlich gekannt. Zugleich werde jedoch die von Frankreich unternommene Aktion stark missbilligt. Jeder Finanzschwäche bedeute diesen Standpunkt der britischen Regierung vertreten und erklärt, die französische Politik sei dazu angehalten, vielleicht verbindliche Folgen, sowohl für Frankreich als auch für die Alliierten, zu zeitigen. Von gewissen Mitgliedern der Regierung werde die Aufforderung besonders hart vertreten, daß die Frage, ob sich England aus dem Rheinland und aus der Reparationskommission zurückziehen sollte, um die britische Regierung von der Politik und der Aktion Frankreichs zu trennen, ob die Vergeröder erwogen werden müsse. Heute sei in öffentlichen Kreisen der Meinung offen Ausdruck gegeben worden, daß ein Weiterbestehen des britischen Zone unter den augenblicklichen Umständen noch größere Gefahren für die Entente in sich bringe als die Annahme einer Aktion lasse, die es nicht haben könne, solange die britischen Streitkräfte am Rhein blieben. Während noch keinerlei Beschlüsse, die britischen Truppen zurückzuziehen, gefaßt worden sei und auch mindestens für einige Tage nicht gefaßt werden würde, bereite sich das britische Kriegsamt vor, das Programm für die Zurückziehung der Truppen vorzubereiten.

Bonbon. "Star" auf folge wird die britische Regierung keinen Protest gegen die französisch-belgische Aktion erheben.

gängigen Tagen, alte freundliche Herren mit Tabakbohne und Bierkrug, behagliche und großzige, vornehm abgeschlossene, aus den Seiten des Herrschaft einer bevorzugten Menschenklasse, prachtliche Geschäftsleute und in Größe und Würde überragende Künstler, kurz, Gelehrte, den Menschen gleich, die uns umgeben. Eine Stadt kann nie einheitlich sein in ihren Bauwerken. Was tuft? Gerade so gibt sie ein Bild ihres Verbands, der beiden und freudigen Lebenslaufes, und gerade so ist auch uns unser Dresden zur lieben Heimatstadt geworden!

Regina Berthold.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenkalender der Staatstheater. **Oberhausen:** Sonntag, 14. Rigoletto, Gilda: Hanni Häntges c. G., 8-10. Montag, 15. Figaro-Hofzweit. **Überlingen:** Magda Niemi o. G., 7-11. Dienstag, 16. Mörder, Hoffnung der Frauen, Ariadino, Petrushka, 7-10. Mittwoch, 17. Rigoletto, 7-10. Donnerstag, 18. Violetta, 1-8-10. Freitag, 19. Madame Butterly, 1-8-10. Sonnabend, 20. Karneval aus Liebe, 1-8. Sonntag, 21. Schengrin, 1-8-10. Montag, 22. Die Götterin aus Liebe, 1-8. **Schauspielhaus:** Sonntag, 14. Der Puppenkoffer, 1-8. **Schauspielhaus:** Sonntag, 14. Der Journalisten, 1-8-11. Mittwoch, 17. Die Posalette, 1-8-10. Donnerstag, 18. Hafemanns Tochter, 1-8. Freitag, 19. Die Posalette, 1-8-10. Sonnabend, 20. Schneider Bibbel, 1-8-10. Sonntag, 21. Der Puppenkoffer, 1-8-10. Die Posalette, 1-8-10. Montag, 22. Die Posalette, 1-8-10. Dienstag, 16. Die Journalisten, 1-8-11. Mittwoch, 17. Die Posalette, 1-8-10. Donnerstag, 18. Hafemanns Tochter, 1-8. Freitag, 19. Die Posalette, 1-8-10. Sonnabend, 20. Schneider Bibbel, 1-8-10. Sonntag, 21. Der Puppenkoffer, 1-8-10. Montag, 22. Die Posalette, 1-8-10.

Die Jenner-Gedenktagfeier, die aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Todestages des Entdeckers der Pockenimpfung Dr. Jenner stattfindet, wird in London und in Paris mit großer Feierlichkeit begangen werden. Dr. Jenner, ein englischer Arzt, der am 28. Januar 1796 gestorben ist, führte die erste Pockenimpfung am 14. Mai 1796 an einem achtjährigen Knaben aus. Die glänzliche Heilung des Kindes brachte einer der legendärsten Taten der Menschheit die Höhe. Man hat gesagt, daß Jenner durch seine Entdeckung mindestens tausendmal so viel Menschen das Leben erhalten hat, als alle durchsetzten Schlossmauern.

Richtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

am 11. Januar 1923, abends 6 Uhr.

Das Gemeinderatsskollegium war vollständig vertreten. Außerdem waren Herr Gemeindevorstand Hans, sowie die Herren Gemeindeleiter Küntner und Schmidt anwesend. Der Büroerraum war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

Die nach Abstanz ihrer Amtszeit aus dem Spar-Kassen-Ausschuss austretenden Herren Urbach und Zimmer wurden für die nächsten 8 Jahre einstimmig wiedergewählt.

Als Antrag für die Grund- und die Gewerbesteuer für 1923 wurden, wie in Vorabtre. je 25% festgestellt.

Die in früheren Gemeinderatssitzungen bereits in erster Lesung zur Beratung gestandenen Nachträge zur Gemeindesteuerverordnung, und zwar a. zum Abschluß der Steuerverordnung betr., b. Hundesteuer betr., c. Veranlagungsabgabe betr., und d. Antrag zur Wohnumungsabgabe betr., wurden heute in zweiter Lesung verabschiedet. Sämtliche Nachträge wurden nach den in erster Lesung beschlossenen Entwürfen angenommen, nur die seinerzeit beschlossene Höhe der Hundesteuer wurde den inzwischen vom Ministerium vorgeschlagenen Stufungen angepaßt und wie folgt festgelegt: für den 1. Hund 3000 M., für den 2. 3900 M., für den 3. 4800 M., für den 4. und für jeden weiteren Hund 6000 M. Steuer. Für Aug- und Wachbunde gelten besondere Bestimmungen.

Ebenfalls in zweiter Lesung wurde heute ein weiterer Antrag zur Gemeindesteuerverordnung beraten, der die Erledigung einer einmaligen Wohlfahrtsabgabe

betrifft. Der vorliegende Entwurf bestimmt, daß jeder in Gröba wohnende Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine einmalige Abgabe für örtliche Wohlfahrtswerke zu entrichten hat, und zwar der Arbeitgeber 0,5 v. H. des Einkommens vom Jahre 1922 und der Arbeitnehmer 0,1 v. H. seines Arbeitsergebnisses von 1922, außer den vom Bezirk umfaßten Fördernden Bürgschaften. Dieser Beschluß des Gemeinderates, der schließlich vom Gemeinderat gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen wurde, rief eine umfangreiche Ausprache hervor. Herr Gemeindeleiter Schmidt berichtete zunächst in längeren Ausführungen über Ursache und Art der Abgabeverordnung, er drachte sodann die einzelnen Paragraphen des Entwurfs zur Verleugnung und empfahl dringend dessen Annahme. Herr Schiller (Bürgerl.) wandte sich gegen eine pflichtmäßige Abgabe. Er erklärte das Vorhaben, daß jeder rechtlichen Begründung entbehre, als eine direkte, auf falscher Grundlage aufgebauten Belastung, und hiergegen bestanden die schwerwiegendsten Bedenken. Er, sowohl wie auch Herr Matthäus (Bürgerl.) wünschten, die bereits begonnenen freiwilligen Sammlungen fortzuführen und sich zunächst mit der Einführung einer Zwangsaufgabe abzuwenden zu verhalten. In seiner Erwideration erklärte Herr Gemeindeleiter Schmidt, daß die freiwilligen Sammlungen bei weitem nicht den erhofften Erfolg gehabt hätten, denn nur ein geringer Prozenttag der Einwohnerschaft habe sich zu freiwilligen Gaben bereit gefunden, während der größere Teil veragt habe. Um aber nicht immer nur diejenigen, die bei jeder Gelegenheit Opfer brachten, allein zu belasten, sondern alle, die hierzu berufen seien, zu erfassen, halte man es für geboten, Zwangsmethoden zu ergreifen. In diesem Sinne wurde die Aus-

sprache von den Vertretern der linken Herren Höhler, Horn und Kroll fortgesetzt. Nach weiterem Sitz und Wider gesetzte, wie bereits oben erwähnt, der Antrag gegen die bürgerlichen Stimmen zur Annahme.

Bei Erhöhung der Büchsebands-Unterstützungen für die in Frage kommenden beiden Gröbener Gebiete am 1. Februar erklärt das Kollegium sein Einverständnis.

Dem Antrag "Handelschule" in Riesa wurde für willst, mit der Bestimmung, die Schulgeldsätze für Gröbener Schüler mit denen für Riesaer Schüler auch sfernzu gleichzustellen.

Die von den Herren Hennig und Höhler gestellte Spar-Kassen-Rechnung wurde, da Erinnerungen nicht zu ziehen gewesen sind, nicht genehmigt.

Herrner wurde befohlen, sich einer von der Vereinigung der Bürgermeister und berufsmäßigen Gemeindevorstände an den Landtag einzurichten, betraf. Erhöhung der Mittel aus dem Ausgleichsfond, anzuschließen.

Der Herr Gemeindevorstand teilte hierauf mit, daß aus der Bauförderung als Bauhauershilfe für 1923 554 000 M. eingegangen seien und daß die Pflichtierung der Dauschammer Straße, einschließlich Beihütterung einer anderen Straßenecke, einen Kostenaufwand von insgesamt 2479 000 M. erfordere. Zu den Kosten für die Dauschammer Straße seien der Gemeinde von der Dauschammer Aktiengesellschaft 724 000 M. zugewiesen worden. — Als Beitrag zu einer einmaligen außerordentlichen Beihilfe für Sozialrentner wurde der etwa 21 000 M. betragende Gemeindeanteil verwilligt, desgleichen die Erhöhung der Mittel für Gewerbeabgabe einstimmig genehmigt. — Schluß der Sitzung gegen 7,9 Uhr.

Flachs-Ausstellung Riesa

Wanderschau der Deutschen Flachsbau-Gesellschaft, Berlin
in der Elbterrasse am 16. und 17. Januar.

Eintritt frei. Geöffnet: am 16. Januar von 9 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm., am 17. Januar von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends. Eintritt frei.

Gefunden
1 Pelzschaltrümpfen,
1 Matratze,
1 Lederhandschuhe
mit Inhalt.
Der Rat der Stadt Riesa.
— Fundamente.

Schwarze Hündin
m. w. Brust, m. Vorderpf.,
augl. Gsg. Futterblätter.
3 Teile abhanden. Braunsch. 7d.

2 junge Damen suchen
frdl. möbl. Zimmer
gegen gute Bezahl. Off. u.
W.G. 2257 an Tageblatt Riesa.

Möbl. Zimmer
von hell. Herren gesucht.
Off. sofort nut. W.E. 9555
an das Tageblatt Riesa.

Zaub. Waschfrau
gesucht Ritterstr. 11, 2.
Löckmann.

2 Schmiedelehrlinge
sucht für sofort od. Ostern
G. neben, Elbstr. 10.

Bauverlässiger, ehrlicher,
älterer Mann zu sofort als
Nachtwächter

gesucht. Ritterstr.
Fahrschulen.

Ein kleineres Haus
mit Garten Nähe d. Bahnhof
zu kaufen gesucht. Off. und W.E. 9556
an das Tageblatt Riesa.

Zuchtgänse
verkauft Röderau.
Bromniker Str. 1.

Eine tragende
Melkziege
verkauft Merendorf 27.

Gebr. Küchenherd
mit Sommermaschine
(Küche) zu verkaufen
Langenberg Nr. 2.

Oth. Kinderstühlchen
zu kaufen gesucht.
zu erst. im Tageblatt Riesa.

Die Zeitungs-Anzeige
übertrifft
an Schnelligkeit alle
übrigen Fleißmaerten

H. Gruhle.
Telefon 652.

**Fabrik- und
Futter-Kartoffeln**
(auch anbrüchige Ware) kaufen
Caspari-Eutitz

Großherz. Domäne 49 n. 840.

**Fahrräder
sind teurer!**

Deshalb ist es ratsam, daß man sein
alte Rad gründlich reparieren läßt. Wir empfehlen
hierzu unsere Emailieranstalt u. d. defekte
Fahrrad- oder Autowöhntel u. Schläuche
unserer Vulkanisier-

Franz & Emil Müller
Reparaturwerkstätten
Merendorf Riesa (Elbe)
Telef. 606 Telef. 607.

Feine Wäsche
am Plättchen nimmt an
Bismarckstr. 11, 1. r.

Gummischlauch
60 m lg., 22 mm D, 4% Wst.,
zu verkaufen
Niederlagerstr. 15, 2. L.

**x Rohföhlex
und Stockholz**
empfiehlt fahren- und
genießensweise
Karl Vostrach
Neu-Gröba.

Brillettausgabe
für Stadt und Land auf
Dezember am Sonnabend und
Montag. Preis pro
Person 1500 Mark.

J. G. Hering & So.

100 Ztr. Speise-
u. Futtermöhren
bat abzugeben

Trans Burckhardt,
Giebela. Fernbus 80.

Gauertraut
empfiehlt nur genauer-
und fahrlässige

H. Gruhle.
Telefon 652.

**Fabrik- und
Futter-Kartoffeln**
(auch anbrüchige Ware) kaufen
Caspari-Eutitz

Großherz. Domäne 49 n. 840.

Kirchennachrichten.

2. Erhebungssonntag 1923.

Riesa. Trinitatiskirche. 9 Uhr Ev. (Joh. I, 35-48, Ged.).

11 Uhr Kinderg. (Luthardt). 2 Uhr Jugendg. (Luthardt).

2 Uhr Jugendg. I. Pfarrhausaal (Friedrich). Montag

Großmutterverein. Mittwoch 1,3 Uhr Bibelstunde (Ged.).

Gaußg. 1,9 Uhr Predigtgottesdienst in der Pfarrkirche.

Gröba. Sonntag vorm. 9 Uhr Predigt (Pf. Dencke).

11 Uhr Kindergottesdienst (Pf. Stempel).

Röderau. 9 Predigtgottesdienst, 11 Uhr Kindergottesdienst.

Mittwoch Jungfrauenverein.

Seitzen. Sonn. 1/4 Uhr Predigt.

Glaubig. 1,9 Uhr Predigt, 1 Uhr Kindergottesdienst.

Donstag Jungfrauenverein. Freitag 1/8 Uhr Bibel-

stunde im Pfarrhaus.

Gaib. St. Barbara-Kapelle, Leßnigstr. 9. 1/8 UL Riesa,

9 Hochamt u. Predigt. 4 Jungfrauenverein, 8 Eltern-

abend. Werktag 1/8 hl. Messe außer Mittwoch.

Vereinsnachrichten

Allg. Turnverein. Maskenball-Feierprobe heute

Freitag 8 Uhr Höpfler.

Turnv. Riesa. Turnrat morgen 7. Hauptvers. vlt. 8 U.

Ambition. Sonnabend, 13. d. M., abends 8 Uhr

84. Hauptversammlung. Berichte, wicht. Tages-

ordnung. Anträge sind vorh. schriftl. einzureichen.

Reichsverb. dtsch. Volk. und Teile.

Sonntag 14. 1. abend. 8 U. Gen.-Verl. Welt. 2. Bür.

Spvanso. Montag, 15. 1. 8 Uhr Gen.-Verl. Gau-Bol.

Turn- und Sport. Seitzen. Sonntag, 14. Jan.

nachm. 2 Uhr im Gaib. 2. Stern Hauptversamml.

Es besteht die Absicht, auf dem Gelände der

Sommerhäusern Gemüse- und Obstverwertung

G. m. b. H. in Sommerschule eine

Kartoffellocken-Fabrik

auf genossenschaftlichen Grundlage zu errichten.

Alle Herren Landwirte der Sommerhäuser Pflege

und weiteren Umgebung werden gebeten, an der am

Freitag, 16. Januar 1923, nachm. 3 Uhr

im Ratskeller zu Sommerhäusern stattfindenden Ver-

sammlung teilzunehmen.

Der vorbereitende Ausschuß.

J. H. Max Schmidt, Göbelitz.

Fay's ächte

Sodener Mineral - Pastillen

seit Jahren hergestellt bewahrt

gegen Husten, Heiser-

kopf und Verschleimung

in einer hygienischen Packung (nach

mit Konserv-Zusatz) überall erhältlich.

Pferde-Verkauf.

1. Pferd. Stärke. Fuchs u. Apfelschimmel. 1,78 st.

1. 7jähr. Stärke. 1,70

1. 6jähr. Olbenburger Rappstuten 1,68

1. 4-5jähr. Olben. Rappmaltese 1,72

1. 4-5jähr. Ermländer, Fuchs, Stute

und Wallach 1,65

1. 4-5jähr. braune langschwänzige Dänen 1,68

1. 6jähr. langschw. Fuchsänen, Stute

und Wallach 1,68

1. 6jähr. langschw. Dänen, Mähren, Stute

und Wallach 1,68

1. 5-6jähr. braune Belgier, Stute

und mehrere einzelne nicht direkte Pferde, ferner

3- und 4jähr. Rattenwagen, Federrollwagen, 60 bis

120 Ztr. Traktor, einige Langholzwagen, Schrot-

leitern, Sackkarren, Wagentüppen, vieles Arbeits-

geräte, Regenrinnen usw. zu verkaufen.

Gebr. Eckardt, Dresden-N.

Stadtteilstr. 24. Tel. 32750.

**Heiner öffentlicher
Maskenball**

am 27. Januar 1923

im Hotel Höpfler.

Die Besetzung der Stadt Essen.

Der Anfall auf das Memelland.

Zu den durch das Versöhnungstrikot nicht endgültig vereinigten Gebietsfragen gehört die immer noch ausstehende endgültige Entscheidung über das Memelland, das von England dem Deutschen Reich entzogen wurde, um unter einer der in der Neuzeit beliebten Bemühungen als Stützpunkt für die Ostsee zu dienen.

Die Memelländer selbst haben, auch soweit sie in der Umgangssprache sich des litauischen bedienten, stets gut deutsch und gut preußisch empfunden. Seitdem die Trennung des Memelgebietes vom Deutschen Reich aber zur im Augenblick unabänderlich schenken Tasche geworden ist, hat der Gedanke an die Bildung eines selbständigen Staates nach dem Vorbilde des Danziger Gebietes am Umfang gewonnen. Überstrebend mit der Ansicht, später einmal beim Reich kommen zu können, als die Angliederung an einen der beiden bislang etwa lauernden, untereinander mißtrauisch sich beobachtenden Nachbarn. Solen somit wie Litauen beanspruchen das Memelland für sich. Wie die Entscheidung des Volksverbundes ausfallen wird, ist natürlich mit Sicherheit nicht vorauszusehen. Weite Kreise des Memellandes sind jedoch der Ansicht, daß der Friedensvertrag, wenn er von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, die meiste Ausübung auf Verwirklichung hat.

Im selben Augenblick, in welchem die französischen Truppen in das Ruhrgebiet eingefallen sind, haben nun litauische Freikorps in ausgezeichneter Bewaffnung und militärisch-einsichtlicher Führung die Gebietsgrenze des Memellandes überschritten. Für die Memelländer selbst hat dieser Überfall nichts Überraschendes gebracht. Seit Wochen schon fordert die litauische Presse durchaus eindeutig auf diesem Handstreit auf. Die Amtsh. vollständige Tatsachen zu schaffen, ist in diesen Zeiten der allgemeinen Verwirrung verständlich und verständentlich ja auch schon durch die Ereignisse gerechtfertigt worden. Anwohner Frankreich mit diesen Plänen in Verbindung steht, läßt sich schwer feststellen, zumal allgemein angenommen wird, daß Frankreich mit seinen Verbündeten auf Seiten des russischen Verbündeten steht. Ganz ohne Zuläufers der Franzosen scheint der Einmarsch sich aber doch nicht vorsorgen zu haben, denn nach überliefertem Wusste haben sich die französischen Beschläger überall zurückgezogen, wo ihnen Freikorps entgegneten sind. Unter der litauischen Militärmacht steht eine Art von kürzer Ausschau, der sogar schon ein Programm entwarf hat und die Einsetzung eines litauischen Präsidenten verlangt. Die Bevölkerung selbst hat sich beim ersten Vorgehen der Litauer noch nicht widerstellt, jedoch kann immerhin mit der Organisation eines gewissen Widerstandes gerechnet werden, der dann möglicherweise einen Rückhalt in dem nahegelegenen Ostpreußen finden würde. Die Reichsregierung selbst ist zu wichtigen Schritten nicht in der Lage, da das Memelland ja nicht mehr zum Reichsgebiet gehört. Ebenso wie unsere westfälischen Brüder können aber auch unsere Soldaten im Memelland der gewissen Sicherheit leben, daß das große Deutschland sie nicht verlassen wird und daß auch für sie einmal die Zeit der Wiedervereinigung kommt.

Der Einfall der Litauer.

Donnerstag früh um 8½ Uhr wurde P. - erzug von schwangereisweisen 400 Litauern in Sivil besetzt. Von Herdekrug rückten die Litauer weiter nach Werden vor. Im Norden haben sie die Brücke in der Nähe von Memel erreicht. Die Elsterbrücke über die Memel wurde von deutschem Militär besetzt, um Elitz zu schützen. Der Zugverkehr von Königsberg nach Memel ist unterbrochen. Die deutschen Bögen verkehren nur bis Elitz. Der Oberkommissar erklärte, die Entente werde Kriegsschiffe nach Memel senden, die die Besatzungsgruppen verstören sollen. Gegen die großlitauischen Bögen, darunter Gaigatal und Simonaits, die aus Memel verschwunden sind, sind Haltbefehle erlassen. Nach Blättermeldungen handelt es sich bei dem Einfall der Litauer um ein faschistisches Unternehmen, das vom „eisernen Wolf“, einer sehr gut organisierten Freiwilligentruppe, unternommen ist.

Die Lage war bei Memel gestern abend im allgemeinen unverändert. Allem Anschein nach haben jedoch im Memel Blätterfelden zwischen der französischen Besetzung Memels und den litauischen Freischärlern stattgefunden. Der Oberkommissar hat gestern eine Befreiung für alle Litauerschaften eingeführt.

Die litauische Telegraphen-Agentur verbreitete folgende Mitteilung: Weder reguläre noch irreguläre litauische Truppen haben die memelländische Grenze überschritten. Die litauische Regierung hat sofort Maßnahmen getroffen, um ein eigenwilliges Überschreiten der memelländischen Grenze durch einzelne private Personen zu verhindern. Alle anders lautenden Nachrichten entbehren jeder tatsächlichen Grundlage.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Memel hat der Oberkommissar formellen Protest erhoben, da den Fall, daß deutsche Truppen in das Memelgebiet einzudringen würden. Er würde in diesem Falle formelle Anordnung treffen, um den Respekt des Gebietes zu wahren. Hierzu teilt WTB mit: Die Deutsche Regierung hat bereits über ihren Standpunkt zu der durch die Litauer verübten Friedensförderung keinen Zweifel gelassen, ihrer Entlastung darüber Ausdruck verliehen und betont, daß es Sache der Alliierten Mächte sein müsse, die Rechte dieses Gebietes zu schützen und seine Unverletzlichkeit zu wahren. Sie legt mit größtem Nachdruck Erwähnung dagegen ein, daß die Daseinlichkeit über die Schwere dieses Einbruchs in die Rechte des Memellandes durch derartige grundsätzliche Verdächtigungen getadelt werden soll.

Erföönig Konstantin †.

Aus Palermo wird gemeldet: Der ehemalige König von Griechenland Konstantin ist gestorben. Der Tod ist nach einem Gehirnschlag eingetreten.

Von der Lausanner Konferenz.

In den Wandergängen des Konferenzgebäudes in Lausanne verlautet, daß Griechen, welches einen großen Teil der arabischen Halbinsel anmagt und eine Bevölkerung von 7 bis 8 Millionen Köpfen hat, nicht von der Türkei abgetrennt wird. Man sagt aber, daß die Schaffung eines türkisch-arabischen Bundes in Kürze erfolgen werde.

Es wird erklärt, daß der König von Hedschas Hussein darauf besteht, daß England die Verpflichtungen, die es im Namen der Alliierten zum Schutz der Meister übernommen habe, zur Ausführung bringe. Der Delegierte von Hedschas wird sich in den nächsten Tagen nach Hedschas aufzubereiten.

Richtungen aus Neapel berichten, daß England die Unabhängigkeit Transjordanien noch innen und außen ein anerkannt habe.

Der militärische Charakter des Unternehmens.

Aus Essen wird gemeldet: 2 Uhr nachmittags ist am Donnerstag das Innere der Stadt Essen von französischen Truppen besetzt worden.

Über die Besetzung Essen wird weiter gemeldet: Donnerstag nachmittag trafen französische Truppen aus den äußeren Stadtbezirken kommend im Zentrum der Stadt Essen ein. Es wurden sofort Maschinengewehre in Stellung gebracht und eine Reihe öffentlicher Gebäude besetzt. Der gesamte Volkserhalt wurde auf längere Zeit unterbrochen. Französische Offiziere rückten nach Wiederanfuhr des Fernsprech- und Telegrafenverkehrs eine Kontrolle ein. Das Kohlenministerium wurde durch eine größere Kavallerieabteilung sofort besetzt. Dann rückten neue Truppen ein, an deren Spitze sich General Mampon befand. Die Bevölkerung verbreitete sich beim Einmarsch der Truppen vollkommen schwiegend. Die Geschäfte waren im Zentrum der Stadt ebenso wie in den Ortschaften geschlossen. Der französische General teilte dem Oberbürgermeister Dr. Luther mit, daß er im Auftrag seiner Regierung gewisse Maßnahmen in Essen durchzuführen habe und zwar insbesondere die Sicherstellung öffentlicher Gebäude, u. a. der Eisenbahn, der Post, der Kanalabandirektion und des Telegraphenamtes. Auf die Mitteilung des französischen Generals erklärte Dr. Luther, daß er sich nur dem Zwange der militärischen Gewalt beuge. Namens der Stadtverwaltung erhebe er gegen die Ausübung dieser Gewalt Einbruch. Wie bisher bekannt ist, sind in Bredens Quartiere 3000 Mann und 1000 Waffen angefordert worden, in Altenessen 1000 Generale, 30 Offiziere und 200 Mann. Die Quartierzahlen für Essen sind noch nicht bestimmt. Die französischen Truppen haben sofort nach ihrem Eintreffen in der Stadt Blätter mit einem Aufforderungsbefehl den oberbefehlenden Generals Tegoutte anbringen lassen. Darin wird u. a. mitgeteilt, daß die deutschen Gesetze in Kraft bleiben. Von allen Personen werde ein Personalausweis gefordert. Post, Telefon und Telegraphenverkehr sollen unvermindert aufrecht erhalten bleiben.

Über das Auftreten des an der Spitze der Besatzungsgruppen in Essen eingesetzten französischen Generals berichten die Blätter: Er erschien vor dem Rathaus und schickte den Haussmeister zum Oberbürgermeister Dr. Luther mit dem Befehl, den Oberbürgermeister möge herunterkommen und ihn auf den Stufen des Rathauses empfangen. Dr. Luther ließ dem General sagen, daß er in seinem Dienstzimmer zu sprechen sei. Nach einem Warten begnügte sich der General dazu, Dr. Luther in seinem Arbeitszimmer aufzutun.

Der französische kommandierende General hat eine Verordnung angeschlagen lassen, die in der Hauptstube besagt, daß in dem neuobligierten Gebiet der Besatzungsanstalt verhindert wird. Die Waffe darf ohne Genehmigung weiter erscheinen, doch werden Verfehlungen gegen die Besatzungsgruppen geahndet. Die deutsche Polizei bleibt unverändert im Dienst. Der Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr bleibt bis auf weiteres unbedingt bestehen. Der Verkehr auf der Eisenbahn und den Straßen erleidet weder bei Tag noch bei Nacht eine Einschränkung. Waffen und Munition sind an die Gemeindebehörde abzuliefern.

Die Regierung in Düsseldorf hat von General Denivres einen Befehl erhalten, des Inhalts, daß heute zwei Divisionen der Rheinarmee das nachgeholte Gebiet besetzen: 1. Division: Oberhausen, Landkreis Essen zum Teil, Landkreis Wickede zum Teil, Landkreis Dinslaken, Divisionstabquartier in Altenessen. 2. Division: Stadt Mülheim, Stadt Essen und einen Teil des Landkreises Essen, eventuell Kreis Mettmann. Divisionstabquartier in Werden.

Da Kanone und Flugzeuge in der Richtung auf Gelsenkirchen konzentriert werden, rechnen die Blätter damit, daß Gelsenkirchen heute besetzt wird. Die Kreis Oberbauern, Sterkrade, Horst und Gladbeck sind bereits besetzt worden.

Über das Vorgehen der französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet berichtet der „Vorwärts“, daß wer den Aufmarsch gesehen hat, der bis Mittag gegen Essen in zwei Richtungen, über Mülheim und Oberhausen mit aller militärischen Kraft erfolgte, der Aufmarsch sein muß, daß das ganze Unternehmen rein militärischen Charakter trägt. Militärische Maßnahmen braucht man nicht mit schwerer Artillerie, unzähligen Kolonnen feldmarschmäßigem Infanterie und Taxis zu ergreifen. Der „Vorwärts“ spricht von mindestens 8 Divisionen, die an der sogenannten wirtschaftlichen Maßnahme beteiligt sind.

Nach einer weiteren Meldung des „Vorwärts“ aus Duisburg werden in einem Antritt der Stadtvorwaltung 28 Schulen genannt, die neu mit Besatzungsgruppen besetzt wurden. Damit sind, so heißt es weiter, im ganzen 348 Schulhäuser und Turnhallen sowie etwa 50 Nebenräumen den Schulzwecken entzogen. Die Schulverwaltung ist infolgedessen nicht in der Lage, den ordnungsgemäßen Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.

Die Rede Poincarés in der französischen Kammer.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der französischen Kammer erklärte der neu gewählte Präsident Raoul Péret, die Sitzung, die heute eröffnet werde, bilden eine entscheidende Etappe in der Durchführung des Friedensvertrages. Als Belege erster Ereignisse und historischer Taten, deren Tragweite für die Zukunft unverstetbar sei, könnte mithin die Abgeordneten herei ihrer Worte und Handlungen sein. Das französische Volk, so langmäthig es auch sei, könne nicht zulassen, daß ihm der Sieg Stück für Stück entzogen werde, und daß der Friedensdoktorat nur noch ein Titel sei. Die französische Regierung habe das begriffen.

Ministerpräsident Poincaré, der noch dem Kammerpräsidenten das Wort ergriff, erinnerte zunächst daran, daß seine Regierung der deutschen Regierung ein Moratorium ohne Pfänden und Garantien verweigert habe, weil das französische Volk schon zuviel Geduld gezeigt habe. Er habe alle Mittel erschöpft, um zu einer Verständigung zu gelangen. Das sei notwendig gewesen, um die volle Handlungsfreiheit zu gewinnen, die man den bisherigen Verträgen verleiht. Man sei einen gewundenen Sieg gegangen, damit französisches Recht kein Unrecht gegenüber den Alliierten, ja nicht einmal gegenüber Deutschland begangen werde. Wenn die englischen Freunde eine praktische Lösung vorgeschlagen hätten, würde Frankreich sich ihnen anschließen. Poincaré schreibt sodann den Verlauf der Pariser Konferenz und erläuterte insbesondere die französischen Reparationspläne, die der Konferenz unterbreitet worden seien. Poincaré betonte, daß Frankreich Finanzen nicht imstande seien, einer Herauslösung seiner Forderungen und einer Amortisierung der französischen mit den alliierten Schulden zugestimmen. Zu dem Plan, einen

Bankerausbau einzuleben, sagt er, wie möglich auch die internationalen Finanzleute seien, er finde keinen Geschmac daran, sie zu Schreckstücken der Welt zu machen. Frankreich und England könnten wohl miteinander verhandeln, ohne ihre Allianz in Gefahr zu bringen. Keine der Nationen habe das Recht, ihre Lebensmittel zu Interessen sicherzustellen, ohne deshalb die Allianz aufzugeben. Poincaré ging hierauf zu den Verhandlungen über, die die Reparationskommission bei den deutschen Hols- und Kohlenlieferungen habe konkurrenzieren müssen. Der Ministerpräsident hält sie voran die wirtschaftliche Lage im deutschen Reich, um fortzusetzen, daß es im Unrecht gewesen sei, die Lieferungen auf Reparationskonten zu verzögern. Da Deutschland die Kohlen nicht geliefert habe, müsse natürlich Frankreich sie bei den Bergwerken suchen. Auch auf anderen Gebieten habe Deutschland seinen Widerstand beendet. Darüber müsse die ganze Welt unterrichtet werden. Deutschland könnte zweimal mehr Eisenerz produzieren, als seine Landwirtschaft nötig habe. Es könne achtmal mehr Exportstoffe herstellen, als die Alliierten imstande gewesen seien, während des Krieges zu fabrizieren. Die Schafe, die Frankreich zu erhalten hätte, seien noch nicht vollkommen geliefert worden. Die französische Regierung habe hinsichtlich der Verordnung deutscher Arbeitnehmer ein großes Programm aufgestellt. Es ist noch längst Zeit, um diese die deutsche Regierung mitgeteilt, sie kann es nun annehmen, bevor die Reparationskommission die deutschen Verpflichtungen festgelegt habe. Poincaré verzweigt sich auf die Bestimmungen des Versöhnungskrieges, in denen Deutschland verpflichtet werde, gewisse Maßnahmen nicht als feindselige Handlungen zu betrachten. Frankreich habe unstrittig das Recht, zu handeln, wie es gehandelt habe. Poincaré verzweigt sich auf die Teilnahme Belgien und Italiens an der französischen Aktion im Ruhrgebiet. Frankreich wolle nicht aus dem Rahmen des Versöhnungskrieges heraus treten, und wenn es heute in das Ruhrgebiet einmarschiert sei, so geschehe es nicht, um irgend etwas von Deutschland zu nehmen, sondern nur, um die gemeinsamen Interessen der Alliierten zu verteidigen. Die deutsche Regierung habe die Fortführung des Kohlenhandels aus Essen beginnist, weil sie jedenfalls Beweise der Verfehlungen Deutschlands enthalten hätten. Poincaré kontrolliert die Tropfung Deutschlands, den Vertrag für null und wichtig anzusehen. Poincaré führt fort: Deutschland wird nun mehr zuerst mit der Reparationskommission zu tun haben. Nichts sei weniger richtig, als zu behaupten, Amerika habe durch die Zurückziehung seiner Truppen gegen das Vorgehen Frankreichs protestieren wollen. Sicherlos zwinge das Westliche England zu vorstichtigen Maßnahmen. Die deutsche Regierung sei benachrichtigt worden, daß es sich um keine Operation militärischer Art handle. Von den Soldaten sei nur in beschränktem Maße Schaden gemacht worden, um die Tätigkeit der Ingenieure sicherzustellen. Es habe die Räume bereit gestanden, darauf hinzuweisen, daß man jetzt beträchtliche Bahnlungen nicht erwarten könne. Über geringe Bahnlungen seien doch nicht mehr als gar keine. Deutschland werde keinerlei Anstrengungen machen, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn Frankreich nicht den unerlässlichen Zwang ausübe. Es handele sich nicht darum, Deutschland zu ruinieren, nicht einmal es zu verarmen, es handele sich darum, von Deutschland das zu erhalten, was es vernünftigerweise zahlen könne. Zuerst einmal Holz und Kohlen. Allsdann wollen wir Reformen verlangen, um seine Finanzen zu retten und seine Wirtschaft zu stabilisieren. Frankreich sei immer bereit, mit seinen Alliierten zu verhandeln.

Der sozialistische Abgeordnete Blum brachte den Protest seiner Fraktion gegen die getroffenen Maßnahmen zum Ausdruck und verlangte sofortige Belebung der Interpellationen. Während seiner Rede wurde Blum von den rechten Seiten mit antisemitischen Schimpfwörtern bedacht. Die Sitzen mußte wegen der Lärmenden unterbrochen werden.

Nachdem Poincaré die Verlegung der Interpellationen verlangt hatte, führten Sozialistenstäbe zwischen den Kommunisten und dem Abgeordneten Chirac abermals zu einer Unterbrechung der Sitzung.

Schließlich hat die Kammer mit 485 gegen 81 Stimmen die vorliegenden Interpellationen über die Ruhrbesetzung und die auswärtige Politik der Regierung auf den ersten Freitag im Monat Februar vertagt.

Im französischen Senat gab Ministerpräsident Poincaré die gleichen Erklärungen ab, wie in der Kammer. Der Senat beschloß, seine Siede im ganzen Lande auszulagern zu lassen.

Der Protest der deutschen Regierung gegen das französisch-belgische Vorgehen im Ruhrgebiet ist gestern im britischen Auswärtigen Amt in London von dem deutschen Botschafter Süßner übergeben worden.

Wie den Berliner Blättern von zuständiger Seite in Berlin mitgeteilt wird, wurde auf Anordnung der Reichsregierung der Transport der Reparationskohle seit gestern vor mittwoch 9 Uhr eingestellt. In den Einzelheiten unterliegt die Einstellung der Leistungen an die vertragsschulden Väter noch der Erwagung. Es wird nicht möglich sein, den Verkehr mit allen Kommissionen abzubrechen, weil an mehreren auch Vertreter von Vätern beteiligt sind, die sich keines Vertragsbrechens schuldig gemacht haben. Weiter wird mitgeteilt, daß die Verlegung des Kohlenhandels nach Hanburg keine Bedeutung der zu wägen geweisenen Gewalt hat.

Aus Paris wird gemeldet: Der deutsche Botschafter Dr. Mayer hat gestern die Leitung der Reichswehr der deutschen Botschaft an Botschaftsrat von Poelz übergeben und um die Mittagskunde Paris verlassen.

Die Verlegung des Kohlenhandels

nach Hamburg nimmt die größte Auswirkungkeit der Pariser Presse in Anspruch. „Petit Parisien“ schreibt, die Aufhebung dieses Organs, die Städte und Städte veranlaßt hätten, solle wohl Frankreich und seine Alliierten verhindern, die Kohlenförderung zu kontrollieren, d. h. eventuell die Kohlensteuer zu erheben. Diese Berechnung wäre vielleicht gerechtfertigt, wenn das Kohlenhandels auch die Kohlenbergwerke hätte abtransportieren können. Das einzige Ergebnis, das die widerstreitigen Großindustriellen erreichen könnten, wenn sie in ihrer Haltung bekräftigen, wäre, Frankreich und seine Alliierten zu erwingen, nicht nur Essen, sondern das gesamte Ruhrrevier zu besetzen. Man werde übrigens bald wissen, ob die Großindustriellen, die vor einigen Tagen noch bereit gewesen seien, der französischen Regierung eine Anleihe von mehreren Milliarden vorschlagen, den industriellen Frieden oder den industriellen Krieg wollen. Außerdem würden ja auch die nächsten Tage zeigen, ob die deutsche Regierung, die die

Sitzungsberufung ihrer Vertreter in Paris und Brüssel ankündige, sich für Widerstand entschließe oder ob sie guten Willens Maßnahmen annehme, die ebenso gerecht wie unvermeidlich seien.

Der Sonderberichterstatter der "Times" in Düsseldorf schreibt zu der Übersiedlung des Abstimmungskomitees von Wien nach Hamburg, die in der geläufigen Presse viel beachtet wird, die Überführung der Archive sei dazu angestan, den Franzosen große Schwierigkeiten zu bereiten. Sie würden sich vielleicht daraufsetzen weigern, auch nur eine Tonne Kohle aus dem Ruhrgebiet nach dem unbefestigten Gebiet abgeben zu lassen, bevor das Sonderkomitee zurückkehre. Dies würde jedoch von zweifelhafter Wirkung sein. Die vollständige Abschließung der Ruhrföhrde würde sicherlich ein schwerer Schlag für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in dem nicht besetzten Gebiet sein.

Protestkundgebungen.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstages forderten die Berliner Bevölkerung zu einer öffentlichen Protestkundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebiets auf, die am nächsten Sonntag im Lustgarten in Berlin stattfinden soll. Vertreter aller bürgerlichen Parteien werden Ansprachen halten.

Gaut "Voss. Zeit." haben die Syntexorganisationen der Gewerkschaften aller Parteirichtungen beschlossen, am Montag in allen deutschen Städten die Arbeit für 15 bis 18 Minuten als Protest gegen den Gewaltakt Vomarces an unterbrechen. Auch auf der Eisenbahn soll eine Arbeitspause eintreten. Wie das Blatt weiter meldet, hat sich der Vorsteher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipoldt, in das Rheinland begeben, um sich mit den Führern der örtlichen Gewerkschaftsverbände persönlich zu besprechen.

Nach einer Mitteilung des "Vorwärts" wird sich die sozialdemokratische Partei zwar nicht an den gemeinsamen Kundgebungen am Sonntag beteiligen, jedoch an diesem Tage in ganz Deutschland eigene Versammlungen zum Protest gegen das Vorgehen der Franzosen einberufen. Die Aufrufserklärung der Kommunisten an die Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften, eine gemeinsame Generalstreikaktion einzuleiten, wird von dem "Vorwärts", der von Gewerkschaftspolaren und gewissenhafter Irreführung der Massen spricht, sofort abgelehnt.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichs- und Staatsregierung hat beschlossen, im Hinblick auf den schweren Rechtsbruch, den Frankreich unter Mißachtung des Friedensvertrages durch die widerrechtliche Besetzung friedlicher Gebiete Deutschlands begangen hat, den kommenden Sonntag, den 14. Januar, als nationalen Trauertag allgemein zu vergeben. Zu diesem Zweck ordnete der Minister Seering namens der preußischen Staatsregierung an: Alle staatlichen und kommunalen Dienststellen haben am genannten Tage in den Reichs- und Landesbibliotheken, Palästen, auf Plätzen, Theateraufführungen, sowie Vorführungen von Lichtbildern, Lichtspielbildern und Lichtspielen haben zu unterdrücken, sofern nicht der ernste Charakter der Verantastung gewahrt ist. Verbote sind alle öffentlichen Tanzveranstaltungen, Bälle und Faschingsfeiern. Die Verhinderung der Volkskundtage am genannten Tage ist ausnahmslos endgeschlossen.

Die Verhinderungen in Frankreich.

Im Laufe des vorgegangenen Abends sind, wie aus Paris gemeldet wird, vier weitere Kommunistenführer wegen ihrer Tätigkeit in Frankreich und zum Teil auch wegen der Tätigkeit, die sie in den letzten Wochen im besetzten und unbefestigten Deutschland ausgeübt haben, verhaftet worden. Drei von ihnen wurden aus dem Schnellzug Köln-Paris heraus bei ihrer Rückfahrt auf der Station St. Quentin festgenommen.

Wie die Agentur Havas mitteilt, hat vorgestern abend der geschäftsführende Ausklang des französischen kommunistischen Gewerkschaftsverbandes in einer Tagessitzung gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets und gegen die Maßnahmen protestiert, die gegen eine Anzahl französischer Kommunisten getroffen worden sind.

England wartet ab.

Der englische Kabinettssrat hat sich sehr eingehend mit der gegenwärtigen Lage Europas beschäftigt. Das Kabinett beschloß, seine gegenwärtige Politik fortzusetzen und jeden Druck zwischen den englischen und französischen Regierung zu vermeiden. Daraus wird die englische Regierung ans weiterhin in der Reparations- und der Rheinlandkommission vertreten bleiben; ebenso beim Verteilungsrat. Die britischen Besatzungsgruppen bleiben am Rheine.

Dieser Meldung wird ein halbamtlicher Kommentar hinzugefügt, in dem es heißt: "In Verbindung mit dem Kabinettbeschluss ist es vielleicht richtig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß England nach wie vor ebenso wie Frankreich auf die ihm zustehenden deutschen Reparationsleistungen angewiesen ist. England fühlt keine überflüssige Sympathie für Deutschland, während es nach wie vor ablehnt, an ungünstigeren wirtschaftlichen Methoden, wie die jüngste französische Operation im Ruhrgebiet, teilzunehmen, hat es doch auf der anderen Seite nicht den Wunsch, daß diese Aktion sich als finanziell unzuschätzbar erweisen möge. England würde im Gegenteil angenehm überrascht sein, wenn die gegenwärtige französische Politik sich als erfolgreich erweisen sollte."

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Einer Rentermeldung aus Washington folge wird in vielen Kreisen der unmittelbare Schluß gezogen, daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen ausgelagert werden müsse als ein Protest, und weniger als ein Versuch, etwaige Schwierigkeiten, die infolge des französischen Vormarsches drohen könnten, zu vermeiden. Es werde jetzt berichtet, daß Präsident Hardings Befehl auf eine Milderung von Seiten Frankreichs folgte, daß es bedächtig ist, mit der Besetzung des Ruhrgebiets vorzugehen, trotz der beständigen Kenntnis, daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen für diesen Fall befohlen werden sollte.

Havas berichtet aus Washington: General Allen, der Kommandant der amerikanischen Truppen im Rheinland, hat den Befehl erhalten, sofort den Abtransport der Truppen durch Einschiffung in Antwerpen oder Bremen zu bewerkstelligen.

Senator Reed von Missouri hat im Laufe einer Ansprache im Senat den Vorschlag gemacht, den offiziellen Vertreter Amerikas in der Reparationskommission, Boston, abzuberufen.

Die Frage eines Moratoriums.

Wie der "Tempo" mitteilt, hängt die Beratung der Reparationskommission über die Gewährung eines Moratoriums, das Deutschland beantragt hat, von dem Reform- und Garantieprogramm ab, das die französischen Delegierten zu überreichen gedenken.

Ungarns politische Pläne.

Die Verhandlung der Orientkonferenz und die militärischen und diplomatischen Siege der Türken haben zweifellos in Ungarn großen Eindruck gemacht. Das Streben dieses durch den Friedensvertrag gefesselten und wirtschaftlich geschädigten Landes geht vor allem dahin, die Ungarn aufzulösen und die ungarische Wiedergründungslösungen in extraterritorialer Weise herabzumindern. Es ist aber zweifellos, daß die jüngste ungarische Regierung das Grafen Stefan Bethlen dieses Ziel lediglich auf politisch-diplomaticalem Wege zu erreichen sucht. Die Erklärung, die der Ministerpräsident jedoch abgegeben hat, daß Ungarn

seinen militärischen Angriff gegen seine Nachbarn plane, da es ja vollkommen entlastet sei und weit überlegener Seignior gegenübertrete, ist wahr. In der Tat könnte Ungarn, selbst wenn Jugoslawien sich mit den Griechen zu einem neuen Türkentreize verbinden würde, nicht davon denken, die ihm geraubten Gebiete mit Waffengewalt wiederzuerobern, denn es würde dann das ihm allein deutlich überlegende Rumänien zum Gegner haben, und selbst wenn dies durch Teilnahme an dem Türkentreize teilweise labegleitet wäre, ständen immer noch die Tschechoslowaken den Ungarn im Rücken. Offenbar handelt es sich also für die Ungarn nur darum, die den Ball, das neue Nachbar in neue strategische Abenteuer verwickeln werden, die Gelegenheit zu benutzen, um auf dem Verhandlungsweg eine Gleichsetzung der ihm auferlegten drückenden Friedensbedingungen zu erlangen. Graf Bethlen hat ausdrücklich auch auf das Scheitern der Varler Konferenz hingewiesen, durch das die Front der Entente einen schweren Bruch erlitten habe. Ungarn will also den Erfolg der Entente in zwei getrennte und teilweise feindliche Lager, der besonders in der Orientpolitik, aber auch in der Frage der deutschen Reparationen in die Erscheinung tritt, nach Kräften ausnutzen, um seine internationale Lage zu verbessern und nachdrücklich noch günstigere Friedensbedingungen zu erlangen. Es hängt von der weiteren Entwicklung auf dem Balkan und vielleicht auch von der Haltung Italiens ab, ob diese Pläne Ungarns verwirklicht werden können.

Sächsischer Landtag.

Zumultzeugen.

Dresden, 11. Januar 1923.

Am Beginn der gestrigen Sitzung des Landtages gab Präsident Winkler im Namen sämtlicher Parteien eine Protestschrift ab, gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen. Während der Erklärung des Präsidenten batten sich sämtliche Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten von ihren Plätzen erhoben.

Hierauf gab Minister Windfuß alsstellvertretender Ministerpräsident ebenfalls eine Protestschrift ab, in der er u. a. sagt: Die sächsische Regierung ist ebenfalls der Ansicht, daß brutale Gewalt unter Bruch des Vertrages verübt wurde. Sie appelliert an das Gewissen der Welt und der internationalen werktätigen Bevölkerung, diesem Rechtsbruch Einhalt zu gebieten und auf die Erhaltung des Friedens hinzuwirken. Das deutsche Volk muß in seiner tiefsten Not zusammenstehen. Es wird dies umso leichter können, je stärker der Wille von der Reichsregierung besteht wird, all Teile des Volkes nach ihrer Leistungsfähigkeit zu den Läden des Friedensvertrages und des Wiederaufbaues heranzuziehen. Die sächsische Regierung fühlt mit der Verhinderung des befreiten Gebiete die schwere Not und Verdränis, in der sie steht, und fordert die sächsische Bevölkerung auf, fühes Blut zu bewahren und sich nicht durch das Vorgehen einzelner Kreise zu Unbehagenweinen hinzuholen zu lassen, sondern alle Kraft einzufinden, um einem neuen Kriegsbrande entgegenzuwirken.

Im Anschluß an diese Erklärung kommt es zu einer auch im sächsischen Parlamente unerhörten Plauderzeit, die von den Kommunisten verhaftegt wird. Abg. Böttcher (R.) beantragt Befreiung der verfehlten Erklärungen. — Als er bemerkt, es gebe zahlreiche sächsische Arbeiter, die diesen nationalen Nummel als 1914 nicht duldeten, tritt auf allen Seiten des Hauses bestürzt Biedermeier auf, dann schallt es einmäig zu den Kommunisten hinüber: Raus!!

Der Präsident pocht unaufhörlich mit dem Hammer auf den Tisch und erläutert die Ausführungen des Abg. Böttcher als nicht zur Geschäftsordnung gehörig. — Abg. Böttcher spricht unter grohem Lärm und fortwährenden Hammerstößen des Präsidenten weiter. Rufe: Raus! Raus! Der Präsident erklärt, im ganzen Lande werde man die Erklärungen Böttchers richtig einzuschätzen wissen. Der Vorstand und der Verteilungsrat stimmen über ein, heute keine Aussprache zugelassen. Das Haus lehnt den Antrag Böttchers einmäig ab. Abg. Böttcher ruft: Die nationale Einheitsfront von 1914! Bravur! Als sich die Widerreden einigermaßen gelegt haben, ruft der Abg. Sievert (R.) neue Lärmrunden hervor durch Ausführungen zur Geschäftsordnung, die aber bei dem herrschenden Lärm absolut unverständlich bleibent. Der Präsident unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Die Kommunisten töben, während sich der Saal leert, weiter und wenden sich besonders gegen die Minister Lipinski und Flechner.

Nach Wiederbeginn der Sitzung wird in die Tagessitzung eingetreten, auf der ausdrücklich Anträge und Anfragen über Schul- und Religionsangelegenheiten stehen. — Nach Beantwortung zweier kurzer Anträge begründet Abg. Dr. Seydel (Dem.) seine Anfrage: Ist die Regierung bereit, baldigt dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das sächsische Volksschulwesen den grundlegenden Bestimmungen der Reichsschulgesetze entsprechend neuordnet wird? Da das augenblicklich vom Eltern nicht gescheben können, müsse es vom Lande unterstützt werden. Endlich beantragt der Redner, die Regierung zu erzählen, daß sie die in den einzelnen Gesetzen verstreuten zusammengehörigen Bestimmungen über den Auf- und Ausbau der Schule sowie nötig ergänze, dann zusammenfassend und damit das gesamte sächsische Schulwesen zu einem zweckmäßig gedeckten und doch einheitlichen Organismus ausgestalte.

Abg. Dr. Herwig (D. W.) erucht die Regierung, einen kändigen Landeshauptsatz, dessen Bildung vom Kultusministerium schon im Jahre 1920 geplant war und der aus Vertretern aller Schularten bestehen soll, sobald als möglich, schon aber noch vor Beginn des nächsten Schuljahres zu erzielen.

Abg. Frau Buelmann (Du.) fragt die Regierung, ob sie bereit sei, das Ergebnis der Umfrage, betr. die Einführung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen, dem Landtage mitzuteilen, oder welches die Hindernissegründe seien. Sei die Regierung bereit, für die vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder besondere Schulen oder Klassenzüge zu errichten, damit der Streit um freie Glaubens- und Religionsausübung endlich aus der Schule verschwindet?

Abg. Sievert (Du.) begründet einen Antrag seiner Partei über Maßregelungen von katholischen Schülern an höheren Lehranstalten wegen Verbleibens vom Unterricht an katholischen Eltern. Man müsse eigentlich dem Kultusministerium dankbar dafür sein, daß es dem christlichen Teil unseres Volkes Gelegenheit gegeben hat, zu beweisen, daß die christliche Religion dem weitauß größten Teile des Volkes Sache des Gewissens, des Dergangs und der Tat ist. Der Kurs der sozialdemokratischen Regierung gehe nicht in Richt und Freiheit denein, sondern in Unrecht und Vergewaltigung. Er fragt, ob die Regierung bereit sei, die Verorbnungen zurückzunehmen und die Maßregelung der Schüler aufzuheben.

Auch ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den Abg. Höglmann begründet, befaßt sich mit der Unterrichtsfreiheit von Lehrern und Schülern zum Zwecke der Teilnahme an staatlich nicht anerkannten Eltern.

Abg. Dr. Seydel (Dem.) begründet hierauf einen Antrag, die Verordnung des Unterrichtsministeriums vom 27. Oktober 1922 dahin abzuändern, daß für die beiden Landesschulen den deutschen Oberstufen und den Außenbüros nach Typos A der umgebildeten Seminare die gleichen Studienderechtigungen erteilt werden, wie denen nach Typos B.

Kultusminister Bleeker beantwortet die Anträge u. a. dahin: Eine Auslösung der Verordnung nach der Schulreform mit kirchlichem und religiösem Charakter unterliegt nicht zurzeit nicht bedachtigt. Eine Neuordnung des sächsischen Volksschulwesens durch Landesgesetz könnte jetzt auch nicht erfolgen. Eine Zusammensetzung der in einzelnen Gebieten verstreuten, zusammengehörigen Bestimmungen über den Auf- und Ausbau der Schule könne erst erfolgen, wenn die für die einzelnen Schulgebiete geplanten seelsorgerischen Maßnahmen durchgeführt seien. Ausführlich geht dann der Minister auf die bekannten Verordnungen über die seelsorgerischen Heiler in den Schulen ein. In Sachen geht es keine Befreiungsschulen mehr. Das Übergangsschulgesetz sei geltendes Recht. Über die Heiler der katholischen Heiler geht die Rechte der Reichsregierung festgestellt haben Verhandlungen mit der Reichsregierung festgestellt, an denen auch Braunschweig, Thüringen teilnahmen. Dabei ist festgestellt worden, daß die Reichsregierung aus der Verfassung nichts zweifelhaft zu beantworten hat. Den Lehrern und Schülern habe kein Recht der Befreiung vom Unterricht zu. Es sei allerdings erwünscht, daß aus Toleranzgründen (Haus: Das ist allerdings die Hauptforschung) gewisse Ausnahmen gemacht werden könnten. Neue Strafverfahren würden aber nicht mehr eingesetzt werden (Bravo-Denk). Und Entlassungen von Schülern nicht erfolgen.

Das Land beschließt die Befreiung der Anträge. Zu den beteiligten sind die Abgeordneten Dr. Herrmann (D. W.), Schaeffer (Kom.), Wedel (Soz.) und Grellmann (Du.). Die Anträge werden dann an die Ausschüsse verwiesen.

Es folgt dann noch die Begründung und Beantwortung anderer Anträge und Anträge, die Schule und Kirche betreffen. (Die Sitzung dauert fort.) Nach Sitzung: Röhr: Sitzung: Freitag, den 12. Januar, vormittag 9 Uhr. Vorlagen über ein Entwurfsgesetz und über Erhöhung der Gewerbesteuern für 1922. Ein kommunistischer Antrag, auch eine Befreiung der heutigen Regierungserklärung auf die Tagessitzung zu sehen, wird abgelehnt.

Zugesetztheit.

Frankreich.

Steuererhöhung. Am der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer hat der Finanzminister den angekündigten Gesetzentwurf über eine 20prozentige Steuererhöhung beschlossen. Er bezieht sich nach den neuesten vorliegenden Papiermeldungen um eine Erhöhung sämtlicher indirekten und direkten Steuern mit Ausnahme der Steuern auf Gehalter und Höhe eingeführt. Diese Maßnahme soll etwa 8,2 Milliarden einbringen.

Vollswirtschaftliches.

Vollswirtschaft.

Konjunkturschwankungen in der Schweiz. Die Schweiz ist als ein Land mit hauptsächlich verarbeitender Industrie besonders stark von der Konjunktur auf dem Weltmarkt abhängig. Die Absatzstörungen, die im Sommer in allen hochvolatilisierten Ländern eingetreten waren, hatten auch die Schweizer Industrie veranlaßt, den Bezug lebensnotwendiger industrieller Rohstoffe nach Möglichkeit einzufordern. Insolgedessen war die Handelsbilanz der Schweiz im Sommer wieder einmal rot, ein Fall, der in der Schweiz höchst selten vorkommt. Die Folge dieser Entwicklung aber war, daß auch die Ausfuhr des Schweiz an Fertigfabrikaten verschlug. Besonders stark war hierauf bei Molochinen-export sowie die Ausfuhr von Textilwaren, z. B. von Webwaren und Stoffen betroffen. Als dann in den hochvolatilisierten Ländern im Herbst des Jahres 1922 eine allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Lage eintrat, begann auch die Schweiz wieder Rohstoffe in erheblichen Mengen zu beschaffen, weil die Industriellen mit einer Besserung der Absatzverhältnisse auf dem Weltmarkt für ihre Fabrikate rechneten. Dieses Zusammentreffen wachsender Einfuhr und verminderter Ausfuhr brachte natürlich wieder zu einer stark passiven Gestaltung der Schweizer Handelsbilanz, die die Statistik für das dritte Quartal des Jahres 1922 zahlenmäßig ausweist. Man hofft aber nun in der Schweiz durch Steigerung des Exports wieder einen Ausgleich zu finden. Die beginnende Belebung des Geschäfts in der Schweiz ist zweifellos für die Lage in allen hochvolatilisierten Ländern. Über die in England und Amerika weit verbreitete Befürchtung, daß diese günstigere Entwicklung durch das jüngste gewalttame Vorgehen Frankreichs im Ruhrgebiet und die dadurch verursachte neue Belastung der internationalen Wertschlüsse empfindlich gestört werden könnte, ist nur allzu berechtigt. Auch in der Schweiz steht man daher in der Politik Volcans vor allem eine neue Gefährdung der Weltwirtschaft.

Der Verein Deutscher Eisenbahner (Gießereiverband), Sir Düsseldorf, bat die Preise für zubeliebte Drahtmuffenrohre, Flanschenrohre, Formstücke und Vorwärmerrohre ab 1. Januar bis auf weiteres um 12 Prozent erhöht.

Das Goldsollaufgeld. Für die Zeit vom 17. Januar bis einschließlich 28. Januar beträgt das Goldsollaufgeld 184900 vom Hundert.

Marktblätter.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktionsbasis pro 50 kg ab Station: Weizen, märktlicher 1920-1920, pommerscher 18800-19200. Gut bebautes Roggen, märktlicher 18200-18500, mecklenburgischer 18100-18500, weißes Getreide, märktlicher 18400-18800, Getreide fester, Sommergerste, märktlicher 18400 bis 18200. Stiel-Hafer, märktlicher 15800-15900, pommerscher 15000-15400, Rübli, Mais (soz. Berlin 19400), Rapsfrei, Hamburg 18700-18800, Überwinternd, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 50000-55000, Kleinst-Warten über Stolzki bezahlt, Get. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 47000-52000, Get. Weizenmehl frei Berlin 9600 bis 9800, Roggenmehl frei Berlin 9700-10000, Stetig. Raps 31000-32000, Stetig. Leinöl 32000-34000, Stetig. Erdöl, Victoria 32000-34000, kleine Speisefette 28000-29000, Buttercreme 18000, Buttercreme 20000 bis 31000, Butterbutter 17000-18000, Butter 30000 bis 32000, Lupinen, blau 17500-18500, Lupinen, gelb 23000 bis 26000, Serradella 38000-44000, Kapstullen 13000, Erdendinkel 6700-7000, Vollwertiges Butterdinkel 9700-10000, Tortimasse 30/70 4900-5000, Kartoffelflocken 10000.

Dresdner Schlachthofmarkt am 11. Januar. Auftrieb: 1. Rinder: 8 Ochsen, 27 Bullen, 58 Kalben und Kühe; 2. 473 Rinder; 3. 5 Schafe; 4. 286 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtwicht. Rinder: Preise wie am Montag. Rinder: 1. Doppellender — 2. beide Rind- und Saugkalber 71000 bis 78000, 116000, 3. mittlere Rind- und gute Saugkalber 67000 bis 69000, 118225, 4. geringe Rinder 50000 bis 65000, 118225.